

## Divide et Impera - Deutsche und US-amerikanische Entwicklungszusammenarbeit als Sezessionshilfe für den Süd-Sudan

von *Christin Bernhold*

### Inhalt:

Einleitung	1
1. Geschichte eines instrumentalisierten Konfliktes	1
1.1. Die Positionen der SPLM/A zur Sezession im Laufe der Konfliktgeschichte	2
1.2. Die Nicht-Lösung etlicher Konflikte durch das CPA	3
2. Divide et impera! – Imperialismus ohne offene Militärintervention	4
2.1. Sanktionen gegen den Sudan	4
2.2. Aufrüstung und Transformation der SPLA	5
2.3. US-Entwicklungsstrategie – „We need to be big hearted but also hard headed“	7
2.4. BRD – Konzepte für Afrika und den Sudan	10
3. Schlussfolgerungen: Krieg im Sudan und Einflussnahme von außen	14
3.1. Gegen Krieg sein reicht nicht immer aus	15
Literatur	16

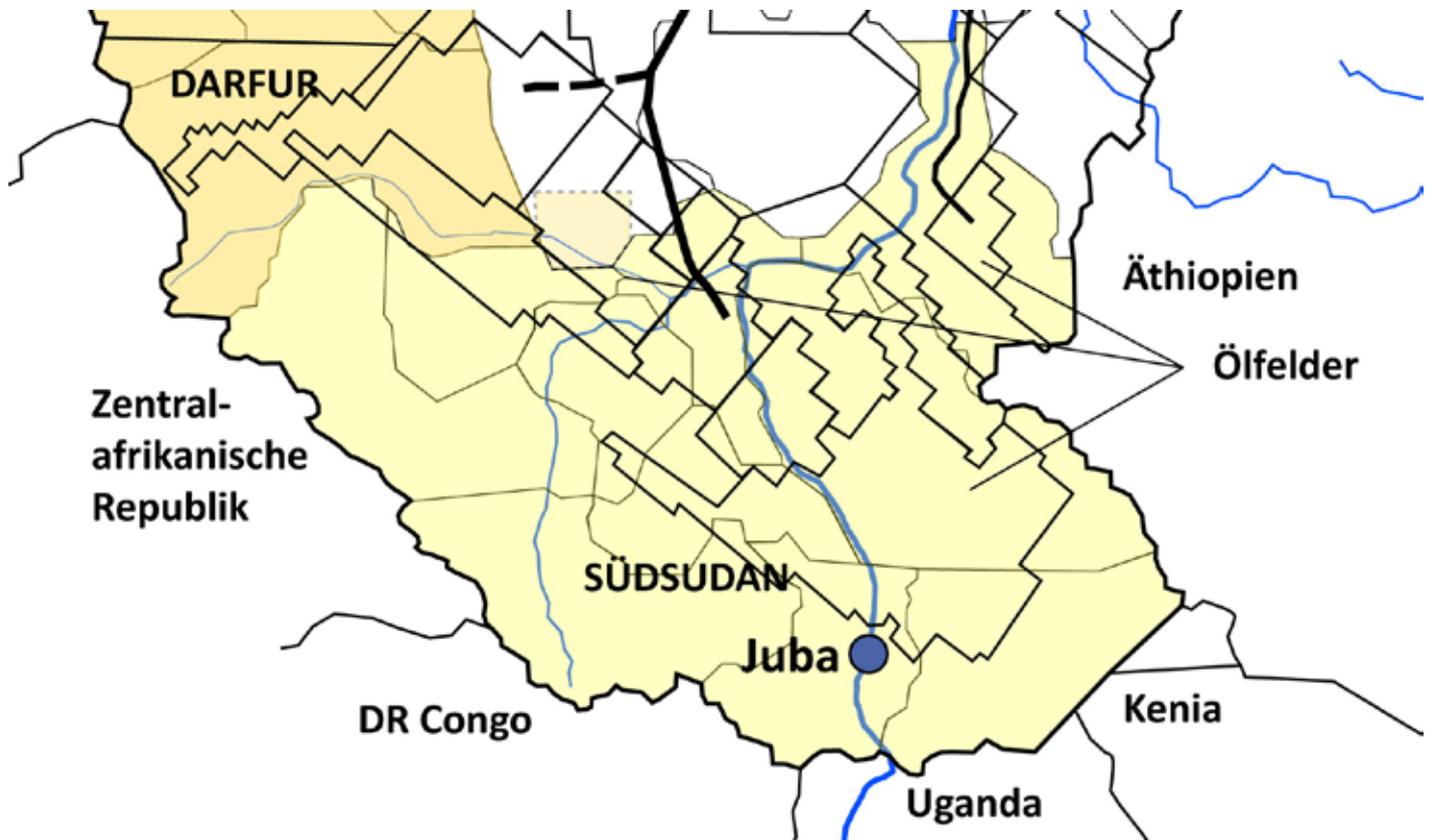
### Einleitung

Weltweit ist Entwicklungshilfe im Zuge der „Vernetzten Sicherheit“ zunehmend zu einem Euphemismus für Staatsaufbau, Militärhilfe oder - wie etwa in Afghanistan - für die direkte Unterstützung militärischer Interventionen geworden. In dieser Studie soll gezeigt werden, dass sie auch im Sudan in diesem Sinne eingesetzt wurde und wird. Nach einer kurzen Darstellung der Geschichte und der Hintergründe des Krieges zwischen Nord- und Südsudan sowie des 2005 abgeschlossenen „Umfassenden Friedensvertrages (CPA)“ wird aufgezeigt, wie nicht nur Waffenlieferungen und Militärhilfe, sondern auch Sanktionspolitik und „Entwicklungshilfe“ westlicher Staaten auf die Abspaltung des Südsudan und damit auf die Teilung des Sudan ausgerichtet waren. Hierfür wird beispielhaft die Verteilung und Zielsetzung der US-amerikanischen und deutschen Entwicklungshilfe eingehend analysiert und abschließend in den Zusammenhang mit den geopolitischen Interessen beider Akteure gebracht.

### 1. Geschichte eines instrumentalisierten Konfliktes

Die Darstellung der Konflikte im Sudan folgt häufig dem einseitigen Bild, es handle sich um ethnisch-religiöse Auseinandersetzungen zwischen arabischen Muslimen im Nordsudan und von ihnen unterdrückten afrikanischen Christen im Süden. Politische Machtverhältnisse, Auseinandersetzungen um Zugang zu Land und

*Titelfoto: Roter Teppich, mit dem die Unabhängigkeit am 9. Juli 2011 gefeiert wurde. Foto: US Government: USAID Photol Jenn Warren über Flickr*



Karte des Südsudan mit den als Konzessionen für Ölförderung vergebenen Flächen, den bestehenden Pipelines Richtung Norden - die Region Abyei ist als Fläche rechts von Darfur mit gestrichelter Linie gekennzeichnet. Karte: IMI 2012

Ressourcen sowie wirtschaftliche Interessen werden meist vernachlässigt, geopolitische Eingriffe von außen entweder ausgeblendet oder als Entwicklungs- und Friedenspolitik bezeichnet. Auch der folgende Abriss über Hintergründe des Nord-Süd Konfliktes kann keinen Anspruch auf eine ausreichend komplexe Darstellung erheben. Er zeigt aber, dass die Geschichte von der friedensbildenden Entwicklungshilfe westlicher Staaten im (Süd)Sudan eine Mär ist.

Bereits im Zuge der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1956 begannen brutale Auseinandersetzungen im Sudan, die zwischen 1972 und 1983 durch eine kurze Waffenruhe unterbrochen wurden. Nachdem Ende der 1970er Jahre der Ölkonzern Chevron im Süden des Landes umfassende Ölvorkommen gefunden hatte, der damalige Präsident Numeiri daraufhin die zuvor ausgehandelten Autonomierechte des Südens wieder abschaffte und im gesamten Sudan die Scharia einführt, begann 1983 ein zweiter Bürgerkrieg. Im Wesentlichen bekämpften sich die reguläre Armee des Sudan (SAF) und die 1983 gegründete und damals durch John Garang befehligte, überwiegend im Süden verankerte Sudan People's Liberation Movement/Army (SPLM/A).

Die Regierung in Karthum wurde ab 1989 von Omar al-Bashir geführt, der durch einen Militärputsch an die Macht gelangt war. Durch internationalen Druck und militärische Drohungen der USA gegen die nordsudanesischen Regierung al-Bashirs kamen, nach Angaben von USAID (2011: 10) teilweise durch persönliche Beziehungen zwischen ihren Mitarbeitern und der SPLM vermittelt, zu Beginn des neuen Jahrtausends Friedensverhandlungen zustande, die 2005 in der Unterzeichnung des Comprehensive Peace Agreement (CPA) mündeten. Das CPA beinhaltet u.a. ein Sicherheits- und ein Waffenstillstandsabkommen, Regelungen zur Macht-, Öl- und Wohlstandsverteilung sowie zur Gründung einer Regierung der Nationalen Einheit (GoNU), in der die SPLM/A fortan den Vizepräsidenten des Sudan stellte. Der neuralgische Punkt des CPA, der wiederum aufgrund massivem internationalen Druck

in das Abkommen aufgenommen wurde, ist die Festlegung einer sechs-jährigen Interimsphase (2005-2011), an deren Ende unter bestimmten Umständen ein Referendum über die südsudanesischen Unabhängigkeit vorgesehen war. Bis dahin sollten allerdings laut Vertrag alle am Friedensprozess beteiligten Akteure darauf hinwirken, die Einheit des Sudan attraktiv zu machen. (GoS/SPLM/A 2005) Der neue sudanesischen Vizepräsident und damalige Kopf der SPLM/A, John Garang, kam noch im Jahr der Unterzeichnung bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben. (Dagne 2011b: 17) Sein Nachfolger, Salvar Kiir Mayardit, trat von Anfang an für die Abspaltung des Südens ein. (de Waal 2010: 15-16) Mit Garang starb daher auch die zentrale Figur, die sich für die Einheit des Landes in einem „neuen Sudan“ eingesetzt hatte. Im Januar 2011 stimmten schließlich 98% der SüdsudaneseInnen für die Unabhängigkeit.

## 1.1. Die Positionen der SPLM/A zur Sezession im Laufe der Konfliktgeschichte

Die SPLM/A hat nicht seit Beginn ihrer Existenz das Ziel verfolgt, einen unabhängigen Staat zu gründen. Unter John Garang wollte sie in den 1980er Jahren den Süden von der Hegemonie der Zentralregierung befreien und einen „neuen Sudan“ schaffen, der ein säkularer Staat sein sollte. Außerdem sollte der politischen und ökonomischen Ungleichheit im Land entgegengewirkt werden – Ziele, für die sie damals auch Unterstützung von anderen sudanesischen Oppositionsgruppen erhielt. 1994 unterschrieb die SPLM/A in Nairobi eine Grundsatzklärung, in der argumentiert wurde, dass unter oben genannten Bedingungen alle Parteien sich vordringlich für die Einheit des Sudan einsetzen sollten. (Evangelisches Missionswerk in Deutschland 1995: 17) „Es ist diese drohende,

latente und bevorstehende Desintegration und Fragmentierung des Sudan, die die SPLM/SPLA zu stoppen anstrebt und zwar durch die Entwicklung und Implementierung einer konsistent demokratischen Lösung der nationalen und religiösen Fragen im Kontext eines Vereinten Neuen Sudan.“ (John Garang, zitiert nach Biel 2007: 35) Seit den 1990er Jahren gab es zahlreiche secessionistische Abspaltungen von der SPLM/A. Nach Garangs Tod wurden die Zeichen auch in der SPLM/A selbst auf Sezession gestellt.

## 1.2. Die Nicht-Lösung etlicher Konflikte durch das CPA

Innerhalb des Sudan – gemessen am Einkommen der Bevölkerung eines der ärmsten Länder der Erde – gehören die jahrzehntelange ökonomische, politische, soziale und infrastrukturelle Marginalisierung des Südens durch die Zentralregierung in Khartum sowie Auseinandersetzungen um Zugang zu Land und Ressourcen zu den Hauptgründen für den Krieg zwischen Nord und Süd. Hauptsächlich lokale Eliten wurden unter al-Bashir in den Staatsapparat integriert. „In Zeiten wirtschaftlicher Krisen versagte mehrfach das (...) Rentensystem, die Zentralregierung schöpfte einen Großteil des Staatshaushaltes ab und vernachlässigte die Entwicklung in den Provinzen, weshalb die zuvor alimentierten Eliten in den entlegenen Gebieten Rebellen Gruppen – meist dominiert durch einzelne Ethnien – aufstellten.“ (Marischka 2010)

Das CPA und dessen Umsetzung waren von Beginn an nicht dazu geeignet, diesem Problem entgegenzuwirken, denn es wurden außer der Regierungspartei (NCP) und der SPLM keine weiteren Gruppierungen und „Rebellen“ an den Verhandlungen über die Teilung der Macht im Land beteiligt. Zudem ändert die Sezession des Südsudan grundsätzlich nichts an Klientelismus und Marginalisierung geprägten gesellschaftspolitischen Strukturen, die sich nun mit der SPLM an der Macht im Süden ähnlich wiederfinden – im Gegenteil: Die Aussicht auf einen „eigenen Staat“ stärkte diejenigen Akteure, die weniger aus politischen, denn aus wirtschaftlichen Motiven innerhalb der SPLM aktiv waren. Auch Konflikte um Zugang zu Land und Ressourcen konnten mit der Sezession nicht beigelegt werden. Weder über den genauen Grenzverlauf noch über die Verteilung von Ressourcen, Land- und Weiderechten gibt es bislang eine Einigung.

Ein Beispiel: In der ölreichen Region Abyei, die Norden und Süden gleichermaßen beanspruchen, steht noch immer ein Referendum darüber aus, ob das Gebiet zum Sudan oder zum Südsudan gehören soll. Bis heute konnte allerdings nicht geklärt werden, welche Teile der Bevölkerung abstimmungsberechtigt sind. Im Gegensatz zu Khartum will Juba die Misseria-Nomaden von der Wahl ausschließen, die aus dem Norden kommend einen Teil des Jahres in Abyei verbringen, durch eine Staatsgrenze den Verlust ihrer Bewegungsfreiheit befürchten müssten und daher aller Wahrscheinlichkeit nach für eine Zugehörigkeit zum Sudan plädieren würden. Mehrfach haben die Misseria angekündigt, das Referendum in Abyei bewaffnet zu verhindern, wenn sie nicht daran beteiligt werden. Bereits in den Jahren 2008 und 2009 war es in Abyei zu Kämpfen gekommen, nachdem in Den Haag rund 40% des Gebietes, darunter zwei große Ölfelder, dem Norden zugesprochen worden waren. (Deckert/Simon 2011b: 66, Paech 2011) Auch nach dem Referendum mussten hunderttausende Menschen aus dem Grenzgebiet fliehen. (Dagne 2011b)

Zwar wurde die Abtrennung des Südsudan international als Weg zum Frieden heraufbeschworen, der „Friedensprozess“ hat jedoch auch innerhalb des neuen Staates nicht die Abwesenheit von Gewalt hervorgebracht, sondern andauernde bewaffnete Kämpfe und eine desolate humanitäre Situation. Um den südsudanesischen



Salva Kiir Mayardit, der erste gewählte Präsident des Südsudan - mit seinem Cowboy-Hut, einem Geschenk des damaligen US-Präsidenten George W. Bush. Foto: 2009 Jenny Rockett über Wikipedia.

Präsidenten Salvar Kiir hat sich eine Herrscherclique herausgebildet, die die Geschicke des neuen Landes zu ihren eigenen Gunsten lenkt. (Wagner 2011) Zudem gibt es innerhalb des Staates (und auch innerhalb der SPLA) zahlreiche Spaltungen, die schon häufig in bewaffneten Auseinandersetzungen gipfelten. Amnesty International (AI) wirft der SPLA und der südsudanesischen Polizei zahlreiche Menschenrechtsverbrechen und extralegale Hinrichtungen vor. Bei Kämpfen zwischen der SPLA und oppositionellen Gruppen im Südsudan seien hunderte Zivilisten ums Leben gekommen. (AI 2011) Die Stiftung Wissenschaft und Politik (Lacher 2011: 25) zählt ebenfalls eine Reihe von Beispielen auf, bei denen die SPLA Massaker an Zivilisten verübt hat. Die Regierung unterstütze verbündete Milizen, um auf diese Weise ihre Hegemonie durchzusetzen. Staatliche Sicherheitskräfte seien selbst eine „beträchtliche Gefahrenquelle für die Bevölkerung“. „Die reicht von alltäglichen Vorkommnissen wie illegaler ‚Besteuerung‘ an Checkpoints, Korruption innerhalb der Polizei und Übergriffen durch betrunkenen Soldaten bis hin zu schweren Menschenrechtsverletzungen bei Großoperationen.“ Das Vorgehen der Armee habe in mehreren Fällen zur Folge gehabt, dass lokale Konflikte andauerten bzw. weiter eskalierten. Die Gewalt folgt dabei häufig einem politischen Muster. Vor den Wahlen im Jahr 2010 hat es z.B. regelmäßig Angriffe auf oppositionelle Dörfer gegeben. Vielen dieser Angriffe sind scheinbar Warnungen vorausgegangen, weder die autonome südsudanesische Regierung (GoSS) noch die UN-Mission im Sudan (UNMIS<sup>1</sup>) haben jedoch etwas getan, um die Zivilbevölkerung zu schützen. (MSF 2009: 14ff.) Oppositionelle wurden im Militärgefängnis inhaftiert und teilweise gezwungen zu erklären, nicht länger politisch tätig zu sein. (Marischka 2010)

Alles in allem könnte man zynisch sagen, der Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südsudan ist zwar nach den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten erfolgreich beigelegt worden. Nun bekämpften sich jedoch zwei staatliche Armeen und verschiedene Gruppierungen innerhalb beider Staaten. Die auf Abspaltung ausgerichtete westliche Entwicklungszusammenarbeit hat diese Entwicklung zum Teil befördert.

1 Die UNMIS wurde 2005 ins Leben gerufen, um die Implementierung des CPA zu unterstützen. Der Einsatz wurde 2011 beendet bzw. in die Nachfolgemissionen UNISFA und UNMISS überführt.

## 2. Divide et impera! – Imperialismus ohne offene Militärintervention

Diverse westliche Staaten, die die Entwicklungshilfe an den Sudan Ende der 1980er Jahre eingestellt hatten (s.u.), nutzten den Abschluss des CPA, die Bildung der GoSS und die zunehmende Sezessionsrhetorik als Anlass, diese wieder aufzunehmen. Die Präsenz von staatlichen Entwicklungsagenturen im Land erhöhte sich trotz umfassender Sanktionen ebenso wie der Umfang von Hilfszahlungen, die gemäß öffentlicher Verlautbarungen die Umsetzung des CPA unterstützen sollten. Im Folgenden werden zunächst die Sanktionen gegenüber Khartum zusammengestellt, die konkrete Auswirkungen auf die Entwicklungszusammenarbeit hatten. Anschließend wird untersucht, in welchem Rahmen USA und BRD Entwicklungshilfe an den Sudan geleistet haben und für welche Bereiche die jeweiligen Gelder ausgegeben wurden.<sup>2</sup> Sie waren, wie ich zeigen werde, hauptsächlich für den Aufbau eines vom Sudan getrennten Südsudan bestimmt.

### 2.1. Sanktionen gegen den Sudan

Die Vereinigten Staaten erhalten seit Jahrzehnten ein überaus umfangreiches Sanktionsregime gegen die sudanesishe Regierung aufrecht. Im Prinzip schließt es jedwede Entwicklungszusammenarbeit seit Ende der 1980er Jahre aus. Wirtschaftshilfe, Kreditzahlungen etc. werden seit 1988 strikt sanktioniert. Lediglich humanitäre Hilfe und solche, die außerhalb der Kontrolle der sudanesischen Regierung verwendet wird, darf geleistet werden. Der US-Präsident kann jedoch in Ausnahmefällen Gelder autorisieren, wenn *„dies zu tun wichtig für die Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten ist.“* (USGPO 2003: 295)

Begründet wurden die Maßnahmen gegen Khartum zunächst mit der Nichteinhaltung von Schuldendiensten durch die sudanesishe Regierung und seit 1989 mit dem Militärputsch durch den heutigen Präsidenten al-Bashir. Im Jahr 1993 gab der US-Außenminister zudem bekannt, dass der Sudan auf die Liste der „Terrorismus“ unterstützenden Staaten aufgenommen wurde. Heute werden die Sanktionen laut US-Finanzministerium begründet mit *„der Unterstützung von Bemühungen des internationalen Terrorismus, die Regierungen von Nachbarstaaten zu destabilisieren sowie außerdem Menschenrechtsverletzungen und deren Unterstützung im Südsudan und unlängst in der Region Darfur.“* (USDoT 2009: 1) Obgleich der Sudan in der Haushaltsaufstellung 2010 des US-Außenministeriums (USDoS 2010b: 160) als *„U.S. Partner im Kampf gegen den Terrorismus“* bezeichnet wird, verbleibt das Land auf oben genannter Liste.<sup>3</sup> Seit 1993 wird der Sudan mit weiteren

Sanktionen diszipliniert. Dem Land *„werden prinzipiell Auslandshilfe, Landwirtschaftshilfe, Finanzierungen aus dem Millennium Challenge Account, Friedenscorps-Programme, Unterstützung durch die Export-Import-Bank, Unterstützung durch internationale Finanzinstitutionen, Anleihen und Kredite des Internationalen Währungsfonds und Handelsvergünstigungen verweigert.“* (ebd. : 10) 1997 erließ der damalige Präsident Clinton mit der Executiv Order (EO) 13067 erneut Restriktionen – die zuvor genannten Gründe stellten eine *„unübliche und außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik“* der Vereinigten Staaten dar. (USDoT 2008: 1) Wesentliche Inhalte dieser Sanktionen waren ein Handelsembargo bezogen auf Import und Export sowie Zwischenhandel jeglicher Güter und Dienstleistungen sudanesischen Ursprungs und das Einfrieren aller sudanesischen Auslandsvermögen.<sup>4</sup> (ebd., USDoT 2009: 3) Bezeichnenderweise wurde im Jahr 2000 ein Gesetz verabschiedet, das den Handel mit der für die US-Wirtschaft unverzichtbaren Substanz Gummiarabikum aus dem Sanktionsregime ausschloss. In dem *„Tariff Suspension and Trade Act“* heißt es, dass der Sudan ein quasi-Monopol über die Produktion des u.a. zur Herstellung von Softdrinks notwendigen Rohstoffes innehatte und mehrere US-Unternehmen durch das Importverbot bedroht seien. (US Congress 2000: 73) Zu den „sicherheitspolitischen“ Ausnahmen der Sanktionspolitik gehört also offenbar auch die Versorgungssicherheit von US-Unternehmen. Le monde diplomatique bezeichnet diese Politik der USA ironisch als *„Soda Pop Diplomacy“*: *„Ein Limonadenkrieg könnte für die Getränkeindustrie fatale Folgen haben.“* (Pitron 2011: 59) Im April 2006 weitete Präsident Bush die Sanktionen erneut aus.<sup>5</sup>

Im gleichen Jahr kam es allerdings auch zu einem Bruch in der Sanktionspolitik. Ein Jahr nach Abschluss des CPA wurde ein Gesetz in Kraft gesetzt, das unter anderem die ökonomische Unterstützung der GoSS einfordert sowie ökonomische und militärische Hilfeleistungen in bestimmten Gebieten des Sudan ermöglicht. (US Congress 2006: 1879) In dem Gesetzestext heißt es wörtlich: *„Ungeachtet jeglicher anderer gesetzlicher Regelungen ist der Präsident dazu autorisiert, Wirtschaftshilfe an Südsudan, Süd-Kordofan, die Nuba Berge, Blue Nile, Abyei, Darfur und marginalisierte Regionen rund um Khartum (...) zu leisten.“* (ebd.) Zusätzlich wurde die militärische Unterstützung der SPLA auch mit (nicht tödlichen) militärischen Gütern genehmigt, vorausgesetzt sie entspricht den nationalen Sicherheitsinteressen der USA. (ebd.) Der Südsudan wurde damit aus den Handelsverboten ausgeklammert – die GoSS, obgleich sie damals sogar den Vizepräsidenten der GoNU stellte, wurde zudem explizit aus der Bezeichnung „sudanesishe Regierung“ ausgenommen. (USDoT 2008:1) Mit dem Gesetz wurde folglich die Unterscheidung zwischen den Gebieten, die sich unter

2 Die Untersuchung weiterer Staaten und der EU als zweitgrößter Geberin des Sudan wäre notwendig, ist angesichts der Komplexität des Themas im Rahmen dieser Studie jedoch nicht möglich. Vernachlässigt werden ebenso Gelder, die neben der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit durch das Joint Donor Team (JDT), die Joint Assessment Mission (JAM), die UN oder die Weltbank kanalisiert wurden. Neben China verfolgten zudem einige arabische Staaten und Indien im Sudan von OECD-Staaten komplett unabhängig geführte Programme. (Bennett et al. 2010)

3 Äußerungen der US-Regierung bezüglich Verbindungen des Sudan mit „internationalem Terrorismus“ sind teilweise widersprüchlich. Im Haushaltsplan 2006 (USDoS 2006: 303) wurde die Kooperation mit dem Sudan im Krieg gegen den Terror betont – dennoch wurde das Land nicht von der Liste der Terrorismus-unterstützenden Staaten entfernt. In Berichten des US-Außenministeriums aus den Jahren vor und nach der Listung steht jeweils vermerkt, dass der Staat terroristische Gruppen unterstütze - Beweise für die Unterstützung konkreter terroristischer Akte durch den Sudan gebe es jedoch nicht (USDoS 1992 – 1994). Von 1991 bis 1996 hatte Osama bin-Laden sich im Sudan aufgehalten – anschließend wurde

er auf Druck der USA des Landes verwiesen. Einem Bericht der Berliner Zeitung (El-Gawhary 2001) zufolge hatte der Sudan damals die Auslieferung Bin-Ladens an die USA angeboten – was jedoch abgelehnt worden sei.

4 Die EO 13067 ist noch immer gültig. Allerdings gab es mit §12 des „Comprehensive Peace in Sudan Act of 2004“ eine Ausnahmeregelung, die den Präsidenten der Vereinigten Staaten autorisierte, in den Haushaltsjahren 2005, 2006 und 2007 100 Millionen US\$ zur Unterstützung der Implementierung des CPA zur Verfügung zu stellen. (US Congress 2004: 4016)

5 Die nun verabschiedete EO 13400 verlangt zusätzlich, das Privateigentum von insgesamt 170 Personen einzufrieren, die auf irgendeine Weise in den Darfur-Konflikt verwickelt sind bzw. sein sollen. (USDoT 2009: 3) Die Vereinten Nationen und die Europäische Union haben im Rahmen der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ eine ähnliche Sanktion verhängt, von der allerdings nur vier Personen betroffen waren. (CEU 2005, UN 2005b: 3 (a) ii.)



Südsudanese Miliz/Armee - Ausschnitt aus einem UN-Foto 2011

der Kontrolle der Regierung al-Bashirs befinden einerseits und dem Südsudan sowie sonstigen Gebieten außerhalb der Regierungskontrolle andererseits etabliert und die Finanzierung von Staatsaufbauprogrammen im Südsudan ermöglicht. Festgelegt wurden de facto die weitere Sanktionierung und damit Schwächung und Isolierung der Zentralregierung in Khartum bei gleichzeitiger militärischer und ökonomischer Unterstützung der SPLM/A. Das US-Finanzministerium kommt in einer Evaluation der Sanktionen zu dem Ergebnis, dass der auf die sudanese Regierung ausgeübte Druck durchaus nützlich war, um außenpolitische Ziele zu realisieren. Es werden allerdings multilaterale Sanktionen gefordert, da Gelder beispielsweise aus China die Absichten der US-Sanktionen unterminieren würden. (USDoT 2009)

Die Beschränkungen zeitigten von Beginn an massive Auswirkungen auf den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. In den Jahren vor den ersten Sanktionen hatte die Zentralregierung in Khartum, zur Zeit des Kalten Krieges noch Partner des Westens, Gelder in Höhe von durchschnittlich etwa 220 Millionen US\$ jährlich erhalten. Der Einsatzrahmen von Hilfsgeldern aus den USA reichte von Nahrungsmittelhilfe über Entwicklungshilfe und Wirtschaftshilfefonds bis zu Militärhilfe und „International Military Education and Training (IMET)“. Zwischen 1988 und 2001 sanken die Hilfsgelder auf durchschnittlich 48 Millionen US\$. (Rennack 2005) Erst seit Beginn der CPA-Verhandlungen sind die Zahlungen wieder massiv angestiegen. Der Sudan ist seither bezeichnenderweise nach dem Irak und Afghanistan der drittgrößte Empfängerstaat von US-Hilfzahlungen. Wie genau die Gelder eingesetzt wurden, wird im Folgenden anhand von Militärhilfe und Entwicklungszusammenarbeit gezeigt.

## 2.2. Aufrüstung und Transformation der SPLA

Trotz Sanktionen hat die Militarisierung des Sudan in der CPA-Interimsphase (2005-2011) vor allem rund um die bis heute nicht demarkierte Grenze im ölreichen Gebiet Abyei zugenommen. Nicht nur die Sudanese Armed Forces (SAF) wurden (vor allem von China und Russland) ausgerüstet. Auch die SPLA wurde mit ausländischer Hilfe bewaffnet und anderweitig militärisch unterstützt. Dass dabei teilweise wider geltendes Recht agiert wurde, wie die nachstehenden Ausführungen zeigen, erhielt international jedoch nur wenig Aufmerksamkeit.

### 2.2.1. Aufrüstung trotz Waffenembargo

Auf unterschiedlichen institutionellen Ebenen existieren Regelwerke, die Waffenlieferungen an den Südsudan sowie anderweitige militärische Unterstützung de jure einschränken. Das 1994 in Kraft getretene EU-Waffenembargo schließt beispielsweise alle sudanese (staatlichen und nichtstaatlichen) Akteure sowie das

gesamte sudanese Territorium ein. (CEU 1994) Es ist damit weitaus umfangreicher als die Restriktionen der UN, die vorrangig auf Waffenlieferungen nach Darfur ausgerichtet sind. Seit 2004 verbietet das EU-Embargo den 27 Mitgliedstaaten sowie all ihren Staatsangehörigen zudem, sich an Verkauf oder (Zwischen-)Handel militärisch verwendbarer Güter zu beteiligen. Es unterbindet ebenfalls deren Transport mit europäisch beflaggten Schiffen oder Flugzeugen in sämtliche Gebiete des Sudan. (CEU 2004: Artikel 1) Lediglich die Finanzierung und Ausrüstung mit nicht-tödlichen Gütern, die ausschließlich für humanitäre Zwecke sowie für Programme und Operationen der UN, der AU oder der EU vorgesehen sind, sind von dem Embargo ausgenommen. (ebd.: Artikel 2) Auch in den CPA-Sicherheits- und Waffenstillstandsabkommen finden sich grundlegende Regelungen im militärischen Bereich und zum künftigen Status von SAF und SPLA, die im Falle der sudanese Einheit nach 2011 durch die Sudan National Armed Forces (SNAF) ersetzt werden sollten. (GoS/SPLM/A 2005)

Zunächst wurde die Gründung der aus beiden Streitkräften zu gleichen Teilen zusammengesetzten Joint Integrated Units (JIU) festgelegt, die ein Symbol für die im CPA angestrebte attraktive nationale Einheit sein sollten und aus denen die SNAF hervorgehen sollten. Während der vereinbarten Interimsphase (2005-2011) und im nun eingetretenen Fall der Sezession werden aber sowohl die SAF als auch die SPLA gleichberechtigt als nationale Armeen anerkannt. Die Verhandlungspartner stimmten gleichzeitig dem Prinzip der „*proportionalen Verkleinerung der Armeen beider Seiten*“ (ebd.: 87) zu. NCP und SPLM haben sich darüber hinaus verpflichtet, sich gegenseitig über die Stärke ihrer Truppen sowie ihrer Waffenkontingente und Militärausrüstung zu informieren und innerhalb des den kompletten Südsudan umfassenden Waffenstillstandsgebiets „*militärische Aktivitäten, inkl. Bewegung militärischer Güter, Ausspähung, Aufrüstung, Rekrutierung oder Einziehung von Soldaten und militärische Manöver, außer solchen, die durch das Joint Defence Board (JDB) [Kommando und Koordination der JIU] gestattet wurden; Operationen an Land, in der Luft oder zu Wasser; Verminung und andere subversive Aktivitäten; Gewalt gegen und Missbrauch von Zivilpersonen; (Wieder)Beschaffung von Munition, Waffen und anderem tödlichen oder militärischen Equipment*“, sowie „*jegliche andere Aktionen, die den normalen Fortgang des Waffenstillstandsprozesses behindern könnten*“ (GoS/SPLM/A 2005: 96) einzustellen. Alles in Allem wurden die Zeichen auf die Demobilisierung der SAF und der SPLA gestellt. Letztlich wurde jedoch auch die Möglichkeit geschaffen, die SPLA für den Fall der Sezession zur regulären Armee eines neuen Staates zu transformieren, was eine Auf- bzw. Umrüstung voraussetzt. Dieser im CPA angelegte Widerspruch wurde in der Interimsphase mit Unterstützung aus dem Ausland einseitig in Richtung einer Militarisierung aufgelöst.

## 2.2.2. Waffenlieferungen an den Südsudan

Militärhilfe an die SPLA ist durch Beziehungen mit Staaten gekennzeichnet, die sich bereits während des Nord-Süd Bürgerkrieges in den 1990er Jahren etabliert haben. (Lewis 2009: 35, Pabst 2004) Dabei handelt es sich um westliche Verbündete wie Uganda, Kenia und Äthiopien ebenso wie um internationale Waffenanbieter und Militärhelfer aus den USA und Großbritannien. Laut dem ehemaligen Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Helmut Strizek, hat 1997 die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright die südsudanesischen Rebellen unter John Garang sogar öffentlich aufgefordert, den Krieg zu verschärfen, um in Khartoum die Macht militärisch zu erobern. Die Rebellen seien dafür schon damals von den USA unterstützt worden. „Dabei sahen die Anhänger dieser Politik (...) über alle Menschenrechtsverletzungen hinweg, die bei solchen Kriegen passieren oder ausgelöst werden.“ (GFP 2006)

Anfang der 2000er wurde, nachdem die Machtübernahme sich als unrealistisch erwiesen hatte, zwar die Strategie verändert – die SPLA wurde aber weiterhin bewaffnet. Im Juli 2008 beobachteten UN-Polizisten eine SPLA-Kompanie, die 18 T-55 Panzer aus Äthiopien in den südsudanesischen Staat Blue Nile transportierten. Die SPLA gab dem UN-Sicherheitsrat zufolge an, die Panzer seien kein Neuerwerb, sondern lediglich zeitweise zu Reparaturmaßnahmen im Nachbarland gewesen. (UN 2008: 3) Im Oktober 2008 entlud ein äthiopisches Militärflugzeug in Juba Waffen unterschiedlichen Kalibers. Diesmal behauptete die SPLA, die Waffen seien nur für eine Waffenmesse bestimmt. (Lewis 2009: 36) Im Sommer 2009 schließlich berichtete die Zeitung „Sudan Tribune“, die SPLA werde unter anderem von kenianischen Militärs an T-72 Panzern ausgebildet. (Sudan Tribune 2009) Zahlreiche Panzer dieses Modells wurden im Wissen der US-Regierung über Kenia in den Südsudan geschmuggelt. Der Deal kam nur durch einen Zufall an die Öffentlichkeit, da eines der Frachtschiffe, die MV Faina, auf ihrem Weg von der Ukraine nach Kenia von somalischen Piraten entführt wurde und so Aufmerksamkeit auf sich zog. (Kahrs 2010: 6) Die Ladung bestand neben anderen Waffen (laut Ladepapieren Granatwerfer, Luftabwehrraketen, Panzerfäuste, großkalibrige Handfeuerwaffen und Munition) aus 33 T-72 Panzern. (Kahrs 2010: 2f., Knaup 2010) Die MV Faina war nur eins von drei Schiffen, mit denen Waffen aus der Ukraine über Kenia nach Südsudan transportiert werden sollten. Gemäß Verträgen mit dem ukrainischen Waffenexporteur Ukrinmash wurden insgesamt über 100 Panzer verschifft. (Gelfand/Puccioni 2009, House of Lords 2011: 21) Eine durch Wikileaks veröffentlichte Depesche des US-Botschafters im Sudan, Robert Whiteheads, belegt, dass die US-Regierung über diese Vorgänge informiert war. Im Juli 2009 schrieb Whitehead nach Washington, die GoSS beginne nach langem Warten, die Beförderung der Panzer von dem gekaperten Schiff in den Südsudan einzufordern. (Whitehead 2009: 1) Auch eine Depesche des US-Botschafters in Nairobi, Michael Ranneberger, beweisen die Involvierung der US-Regierung in die illegalen Waffendeals. Die vergangenen Transfers seien „in Konsultation mit den USA“ (Ranneberger 2009: 2) vonstatten gegangen, schrieb Ranneberger, er verstehe daher die Verwunderung Kenias darüber, dass die Lieferungen gemäß US-Anweisungen nach dem Piraterie-Vorfall zunächst eingestellt werden sollten. Die Transfers seien schließlich auf die Ziele der USA abgestimmt, das CPA durch die Umwandlung der SPLA von einer Guerilla zu einer konventionellen Armee umzusetzen. (ebd. 6) Trotz EU-Embargo hatten zwei in Großbritannien registrierte Firmen die Organisation des Deals übernommen. Eines der Schiffe (die Beluga Endurance) stammte zudem von einer deutschen Reederei. (HSBA 2009: 4, Kahrs 2010:

17f.) „Bezeichnenderweise informierten uns zwei der europäischen Güterverkehr-Akteure, dass sie sich darüber im Klaren waren, dass die Schiffsladungen für den Südsudan bestimmt waren – was ernsthafte Fragen über die adäquate Durchsetzung des EU-Embargos aufwirft.“ (House of Lords 2011: 21) Versuche, rechtliche Schritte einzuleiten oder die dem CPA zuwiderlaufende Bewaffnung der GoSS ohne Einbeziehung des JDB zu unterbinden, sind weder aus den USA noch aus europäischen Staaten bekannt geworden.<sup>6</sup> Auch von UNMIS gibt es keine Berichte darüber, obgleich es zum Mandat der Mission gehörte, „die Implementierung des Waffenstillstandsabkommens zu überwachen und zu bestätigen sowie Verletzungen desselben aufzudecken.“ (UN 2005a: 4)

## 2.2.3. Anderweitige militärische Unterstützung

Die Waffenlieferungen wurden flankiert von Maßnahmen, die bereits das Feld der Entwicklungshilfe, unter der zunehmend Begriffe wie Staatsaufbau und Reform der Sicherheitskräfte subsummiert werden, berühren. Das US-Außenministerium gab zwar 2009 in einer politischen Erklärung zum Friedensprozess im Sudan bekannt, die USA unterstützten wie im CPA vorgesehen alle internationalen Bemühungen, die Joint Intergrated Units (JIUs) zu professionalisieren und auszurüsten. (USDoS 2009a) De facto wurde jedoch lediglich die SPLA ausgerüstet und trainiert – auch wenn sie in besagter Erklärung mit keinem Wort erwähnt wird. Zu den Maßnahmen gehörten Neubauten und Renovierungen militärischer Gebäude ebenso wie militärische Trainings- und Ausbildungsprogramme. (Rands 2010)

Für den südsudanesischen Sicherheitssektor, insbesondere für die Unterstützung der SPLA, haben die USA zwischen 2008 und 2011 insgesamt etwa 300 Millionen US\$ ausgegeben. (USAID 2011a) Im Haushaltsplan für 2011 waren 42 Millionen US\$ allein dafür vorgesehen, die SPLA von einer Guerilla zu einer professionellen Armee zu transformieren. In den Jahren 2009 und 2010 waren es 38 und 44 Millionen US\$. „Durch die Fonds werden Modernisierung und Instandhaltung von Divisions-Hauptquartieren, strategische und operative Beratung, professionelle Trainings von Einheiten und Individuen sowie Kommunikation und anderes Equipment für das Militär gewährleistet.“ (USDoS 2011a) Im Jahr 2009 begann auch das US-Afrika-Kommando (US AFRICOM)<sup>7</sup> im Sudan an Transformationsprojekten der SPLA mitzuwirken. Laut Jürgen Wagner (2011) gibt es Anzeichen dafür, dass AFRICOM sein derzeit in Stuttgart ansässiges Hauptquartier nach Juba verlegen will. „Eine solche Basis würde den USA einen überwältigenden militärischen Einfluss im Südsudan verschaffen.“ (Rands 2010: 23)

Zur Stärkung der SPLA hat im Auftrag des US-Außenministeriums zusätzlich das private Militär- und Sicherheitsunternehmen DynCorp beigetragen. Der private „globale Dienstleister in Unterstützung der US-Sicherheitsstrategie und ihrer außenpolitischen Ziele“<sup>8</sup> baute unter anderem im Jahr 2008 das neue Hauptquartier der SPLA in Bilpam mit finanzieller Unterstützung des US State

6 In allen bekannt gewordenen Fällen der Beteiligung britischer Unternehmen an Waffendeals mit dem Nordsudan wurde das EU-Embargo offiziell durch die britische Regierung durchgesetzt und/oder eine strafrechtliche Verfolgung eingeleitet.

7 Nach der Selbstbeschreibung des US-Afrika-Kommandos beschützt und verteidigt es die nationalen Sicherheitsinteressen der USA, indem es die Verteidigungskapazitäten afrikanischer Staaten stärkt und ggf. militärische Operationen durchführt. (<http://www.africom.mil/AboutAFRICOM.asp>, 12.10.2012)

8 <http://www.dyn-intl.com/overview.aspx>, 12.10.2012.

Department's Africa Peace-keeping Program (AFRICAP). (Rands 2010: 11) DynCorp gibt auf seiner Internetseite an, im Süden außerdem sechs Feldlager mit mehr als 100 Gebäuden fertiggestellt zu haben. Nach Medienberichten hat das Sicherheitsunternehmen bereits im Jahr 2006 Verträge über 40 Millionen US\$ mit dem US-Außenministerium abgeschlossen, in denen es um Militärtrainingsprogramme und den Aufbau militärischer Infrastruktur ging. DynCorp-Vizepräsident Al Rigley begründete dies so: *„Die US-Regierung hat entschieden, dass eine staatliche Armee einen stabilen Staat schaffen wird.“* (World Tribune 2006) Die Militärhilfe der USA war insgesamt stark auf die südsudanesishe Unabhängigkeit ausgerichtet. Im Vergleich zu Waffenlieferungen an Khartum beispielsweise durch China und Russland ging sie jedoch wesentlich weniger offener vonstatten und erlangte weniger Aufmerksamkeit. Dem ambitionierten Ziel eines attraktiven „neuen Sudan“ war der Aufbau militärischer Bedrohungsszenarien zweifelsohne nicht zuträglich. Eher haben die USA dazu beigetragen, dass die diversen Spannungen und Konflikte im Sudan weiterhin potenziell gewalttätig ausgetragen werden. Dies geschah allerdings nicht nur durch Militärhilfe, sondern auch durch zivile Entwicklungszusammenarbeit.

### 2.3. US-Entwicklungsstrategie – „We need to be big hearted but also hard headed“<sup>9</sup>

Dass die Entwicklungshilfe der führenden kapitalistischen Staaten bei der Umsetzung ihrer außenpolitischen Interessen hilft, ist ein offenes Geheimnis. Präsident Obama spricht offen aus, man solle sich von dem Mythos verabschieden, wonach Entwicklungshilfe reine Wohltätigkeit sei und nicht den eigenen nationalen Interessen entspreche. (BBC 2010) In einer Politikdirektive, die Obama am Tag dieses Statements unterschrieb, wurde Entwicklungspolitik überdies als Teil der *„Vernetzten Sicherheit“* und als *„Kernpfeiler der Macht der Vereinigten Staaten“* festgeschrieben. (USDoS 2010a)

Die Sudan-Strategien der USA passen sich in diese Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit sehr gut ein. Bereits im Jahr 2003 hatten damalige Regierungsmitglieder, Diplomaten der US-Botschaften in Khartum und Nairobi sowie Mitarbeiter von USAID den *„Sudan Interim Strategic Plan for Sudan 2004-2006“* (ISP) erarbeitet. Die Situation im Sudan habe sich eklatant verändert, heißt es in dem Papier als Begründung für eine nun wieder mögliche Entwicklungszusammenarbeit. Zum ersten Mal gebe es Aussicht auf erfolgreiche Friedensverhandlungen zwischen Norden und Süden. (USAID 2003) Die CPA-Verhandlungen hatten damals auf Druck der USA bereits begonnen und die sechsjährige Interimsphase sowie das darauf folgende Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudan<sup>10</sup> waren schon in Einzelprotokollen des späteren CPA festgelegt worden. Gleich auf den ersten Seiten des Dokuments werden Hinweise darauf gegeben, weshalb dem Sudan für die US-Außenpolitik so große Bedeutung beigemessen wird: *„Der Sudan liegt im Herzen des Horns von Afrika, einer Schlüsselregion im Kampf gegen den Terrorismus (...) Schätzungen über umfangreiche*

*Ölvorkommen im Süden des Sudan haben dafür gesorgt, dass zahlreiche multinationale Ölkonzerne trotz andauerndem Bürgerkrieg produzieren und weitere Ölquellen erkunden.“* (ebd.: 1-2) 2004 wurde kein neues Strategiepapier verfasst – in der Haushaltsaufstellung für dieses Jahr heißt es jedoch bezeichnend, dass im Falle erfolgreicher Friedensverhandlungen der Wiederaufbau und die Entwicklung vor allem des Südsudan zu einer hohen Priorität für die Vereinigten Staaten würden. Im Falle nicht erfolgreicher Verhandlungen solle der Wirtschaftshilfefonds der USA dafür eingesetzt werden, die sudanesishe Opposition zu stärken und dem Süden zusätzliche Unterstützung zukommen zu lassen. (USDoS 2004: 259) Zwei Jahre später veröffentlichte USAID das *„Strategy Statement 2006-08“*. (USAID 2005) *„Geographisch fokussiert die neue Strategie auf vulnerable Gebiete im Süden, in den drei Gebieten (Abyei, Blue Nile und Süd-Kordofan) und in Khartum und bewahrt sich die Flexibilität, auf neue Krisenherde zu reagieren.“* (ebd.: 2) Zwar wird der Norden demnach nicht ausdrücklich als Empfänger von US-Hilfe ausgeklammert. De facto beschränkte sich diese jedoch auf humanitäre Hilfe, von der ein Großteil nach Darfur geflossen ist, wo ebenfalls Kämpfe gegen die sudanesischen Regierungstruppen stattfinden. Auch die Erwähnung der anderen im Norden liegenden Regionen ist nicht zufällig: in Bezug auf Abyei sei an das noch ausstehende Referendum erinnert, zu Blue Nile und Süd Kordofan schreibt der US-Sondergesandte für den Sudan, Princeton Lyman: *„Diese beiden Staaten liegen im Sudan, nicht im Südsudan, aber die politischen Konflikte, die dem dortigen Krieg zugrunde liegen, haben die gleichen Wurzeln wie der durch das CPA beendete Bürgerkrieg und hätten auch in dem gleichen Kontext gelöst werden sollen – was jedoch nicht geschah.“* (Lyman 2011) USAID begründet den eigenen Fokus auf den Südsudan wie folgt: *„USAID hat eine außergewöhnliche Möglichkeit, mit neuen Regierungseinheiten zu arbeiten und eine Reform-Agenda zu unterstützen, die, wenn erfolgreich, die Interessen der US-Außenpolitik voranbringen wird, Stabilität nicht nur im Sudan, sondern im gesamten Horn von Afrika zu befördern (...).“* (USAID 2005: 3)

Mit anderen Worten: Durch das CPA, an dem die USA maßgeblich mitgewirkt haben, ergibt sich die Möglichkeit, mittels Entwicklungshilfe im Südsudan neue Regierungsinstitutionen aufzubauen, die im Gegensatz zur Regierung al-Bashirs mit der US Regierung kooperieren und im Sinne außenpolitischer Interessen der USA regieren. Einige Seiten weiter heißt es: *„Der Krieg gegen den Terrorismus hat die Sicherheitsprioritäten in der Region neu geordnet und in manchen Fällen die nationalen Interessen und Politiken neu definiert, die fragile Grenzgebiete betreffen.“* (ebd.: 10) Die misslungene Strategie, al-Bashir durch die SPLA stürzen zu lassen, wurde durch das Ziel ersetzt, im Süden einen neuen Staat aufzubauen. Die im Jahr 2009 veröffentlichte Sudan-Agenda liest sich, als sei dieser schon damals Realität gewesen.<sup>11</sup> (USAID 2009a: 3) Im selben Jahr hat die US-Hilfe an den Sudan erstmals eine Milliarde US\$ überschritten, bestimmt u.a. für die im Juba Compact vorgesehene *„private sector broad-based growth strategy“*.

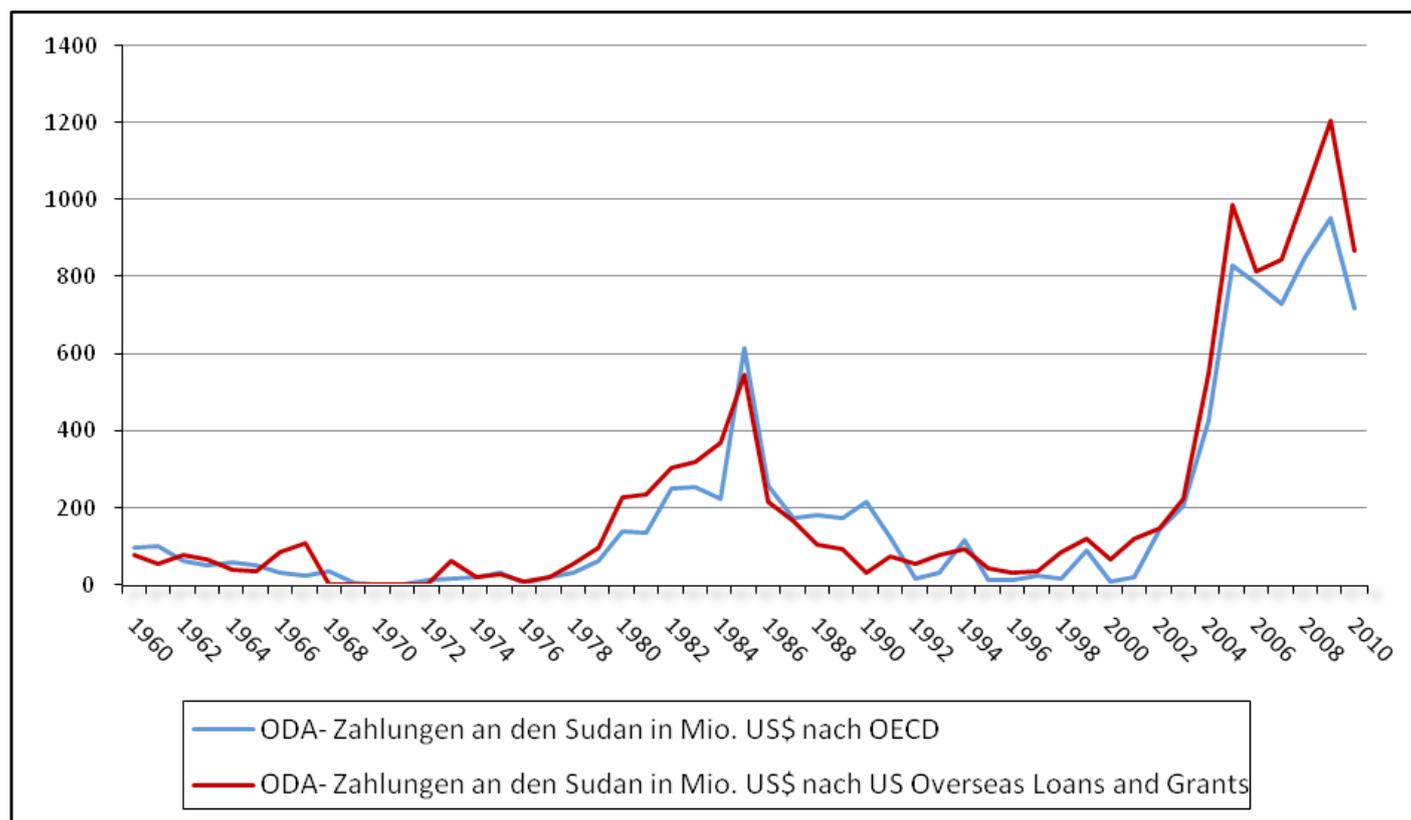
Der Juba Compact ist eine Vereinbarung zwischen der GoSS und der Gebergemeinschaft zur Implementierung eines neoliberalen wirtschaftspolitischen Reformprogrammes. Ein beschleunig-

<sup>9</sup> US-Präsident Obama traf diese Aussage über Auslandshilfe, zitiert nach BBC (2010).

<sup>10</sup> Im ISP-Bericht taucht hierzu eine Formulierung auf, die nach Unterzeichnung des CPA durch beide Konfliktparteien in offiziellen US-Papieren nie wieder zu lesen war: *„Die USA vertreten generell den Ansatz, dass ein vereintes Sudan für die regionale Stabilität besser ist und dass ein faires und gerechtes Friedensabkommen die sudanesishe Einheit unterstützen wird.“* (ebd.)

<sup>11</sup> Deutlich wird in dem Papier interessanterweise ebenfalls gesagt, dass für einen unabhängigen Staat der Aufbau ganz anders aussehen müsse, als im Falle einer sudanesischen Einheit: *„Ein neu entstehender Staat ist etwas ganz anderes als eine Vereinigung nach einem Konflikt und der Wiederaufbau oder die Reformierung bestehender Institutionen.“* (USAID 2009a: 3)

Abbildung 1: EW-Zahlungen der USA an den Sudan, 1960-2010, Millionen US\$, konstante Preise (2009)



Quellen: Eigene Darstellung nach OECD, StatExtracts (2011), US Overseas Loans and Grants (2011)

tes Wirtschaftswachstum sowie eine diesem untergeordnete „gute Regierungsführung“, die „legitime Interessen“ privater Investoren schützt und ein günstiges Klima für ausländische Direktinvestitionen schafft, werden hiernach als friedenspolitische Maßnahmen verstanden. (ebd.: 2) Die märchenhafte Formel der Agentur lautet summa summarum: Entwicklungshilfe = neoliberale Wirtschaftshilfe und Regierungsbildung = Frieden. Nicht einmal die Abwesenheit von Gewalt wird hier zum Maßstab von Frieden genommen (von sozialem Frieden ganz zu schweigen), sondern der Aufbau eines Staates, dessen Existenz laut USAID ohne US-Hilfe kaum möglich gewesen wäre: „Die Welt hat ihre neuste Nation willkommen geheißen, als der Südsudan am 9. Juli seine Unabhängigkeit erlangt hat. (...) Die USA haben eine wichtige Rolle dabei gespielt, diesen Moment möglich zu machen.“ (USAID 2011b: Insights)

### 2.3.1. US-Entwicklungspolitik in Zahlen

Abbildung 1 zeigt die Menge der bilateralen US-Entwicklungshilfe an den Sudan seit den 1960er Jahren. Sie stieg zu Beginn der 1980er stark an, erreichte Mitte des Jahrzehnts einen ersten Höhepunkt, ging in den 1990ern deutlich zurück und schnellte zu Beginn des neuen Jahrtausends deutlich in die Höhe. Zur Erinnerung die dazugehörige Geschichte: Anfang der 1980er Jahre begann im Sudan der zweite Bürgerkrieg. Die USA unterstützten damals bis Ende der 1980er die Zentralregierung in Khartum im Kampf gegen die als sozialistische und antiimperialistisch geltende SPLA, die wiederum Hilfe von der Sowjetunion erhielt. (Fake/Funk 2009: 28, Hainzl 2005: 4, Pabst 2004)

Laut Donald Peterson, in den 1990er Jahren US-Botschafter im Sudan, war die Ford-Regierung damals auf enge Beziehungen mit Khartum aus – „vor dem Hintergrund des Kalten Krieges in voller Blüte und der Einschätzung Washingtons, der Sudan sei von strategi-

scher Bedeutung für die nationalen Interessen der USA (...).“ (zitiert nach Fake/Funk 2009: 28) Khartum galt als „Bollwerk“ gegen Sowjetunion-Assoziierte, zu denen damals die SPLA gezählt wurde.

Der zweite starke Anstieg der Zahlungen markiert den Beginn der Friedensverhandlungen zwischen der sudanesischen Regierung und der SPLM/A. Die CPA-Verhandlungen zeigten damals erste Ergebnisse – die Möglichkeit einer Abspaltung des Südsudan stand in Aussicht. Während in den 12 Jahren zwischen 1992 und 2003 die US-Hilfzahlungen an den Sudan insgesamt etwa eine Milliarde US\$ betragen, gehen allein im Jahr 2009 die Zahlungen über diese Summe hinaus. Auch im Vergleich zu anderen OECD-Staaten hat die Bedeutung der USA als Geber des Sudan zugenommen: der Anteil der US-Hilfe an den gesamten Entwicklungshilfzahlungen an den Sudan hat sich seit 2000 von 1,66% auf 40% im Jahr 2005 bzw. auf 34,3% im Jahr 2010 erhöht (Tabelle 1).

Die USA sind seit Jahren der größte in der OECD Datenbank erfasste Geber des Sudan (vor der EU und Großbritannien). Wie Statistiken der U.S. Official Development Assistance Database (USODA 2012) zu entnehmen ist, ist der Sudan umgekehrt seit 2005 der drittgrößte Empfänger von US-Hilfe nach dem Irak und Afghanistan. Während das Land in den 1990er Jahren und Anfang des Jahrtausends nicht einmal unter den Top 10 der Empfänger aufgetaucht ist (ebd.), hatte es durch das CPA also schlagartig an Bedeutung gewonnen.

### 2.3.2. Geographische und sektorale Verteilung der Gelder

In den Jahren 2006-2010 sind mit im Schnitt 390 Millionen US\$ pro Jahr (oder 48,7%) etwas weniger als die Hälfte der US-Hilfsgelder in humanitäre Hilfe geflossen. Für „Sicherheit“ und „Wirtschaftswachstum“ wurden im Schnitt 107 bzw. 100 Millionen

Tabelle 1: US-Anteil der ODA-Zahlungen an den Sudan, Millionen US\$ (konstante Preise, 2009)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Gesamt</b>	388,48	339,12	452,24	844,64	1194,3	2080,2	2251,3	2176,64	2533,1	2426,8	2101,8
<b>USA</b>	6,44	21,15	142,29	204,33	427,73	832,02	784,27	732,63	855,93	954,64	719,07
<b>Anteil USA in %</b>	1,66	6,24	31,46	24,2	35,82	40	34,9	33,7	33,8	39,4	34,3

Quelle: Eigene Darstellung nach OECD. StatExtracts (2011)

Tabelle 2: ODA-Zahlungen der USA an den Sudan nach Sektoren, Millionen US\$

	2006	2007	2008	2009	2010	Gesamt	2006-2010 Durchschnitt	% der Gesamt- zahlungen
<b>Sicherheitssektor</b>	98,719	152,871	106,699	76,953	98,339	533,581	106,7162	13,3
<b>Regierungsbildung</b>	37,629	50,588	120,156	83,032	83,945	375,35	75,07	9,36
<b>Bildung</b>	8,7	9,75	20,421	25,55	26,85	91,271	18,2542	2,3
<b>Gesundheit</b>	17,6	28,791	42,413	50,368	83,339	222,511	44,5022	5,55
<b>Wirtschaftswachstum</b>	70,027	47,068	103,79	140,79	136,89	498,568	99,7136	12,44
<b>Davon Infrastruktur</b>	44,848	29,64	76,66	100,09	81,308	332,546	66,5092	8,3
<b>Humanitäre Hilfe</b>	262,698	355,678	512,917	547,447	275,66	1954,4	390,879	48,7
<b>Gesamt</b>	540,221	674,386	983,056	1024,23	786,33	4008,22		

Quellen: Eigene Darstellung nach USDoS (2008, 2009b, 2010b, 2011b, 2012)

US\$ ausgegeben (13,3% und 12,4% aller Zahlungen), die „Regierungsbildung“ wurde mit durchschnittlich 75 Millionen US\$ pro Jahr (9,4%) bezuschusst und die Zahlungen für „Gesundheit“ und „Bildung“ liegen bei durchschnittlich 44 bzw. 18 Millionen US\$ jährlich (5,6% und 2,3%) (Tabelle 2).

Aus dem monatlichen USAID-Online-Magazin „Monthly Update“ geht hervor, dass ein Großteil der angegebenen humanitären- und Nahrungsmittelhilfe nach Darfur geflossen sind. (vgl. z.B. USAID 2007a:1) Die übrigen Gelder sind, davon kann man vor dem Hintergrund der Sanktionen und der USAID-Berichte ausgehen, in den Südsudan geflossen – für den Staatsaufbau („Sicherheit“, „Regierung“ und „Wirtschaftswachstum“) waren es im Schnitt 300 US\$ pro Jahr. Ein Großteil davon wurde gemäß den Haushaltsberichten des Außenministeriums aus dem Wirtschaftshilfefonds für den Sudan finanziert, der dementsprechend in den letzten Jahren massiv angewachsen ist (Abbildung 2).

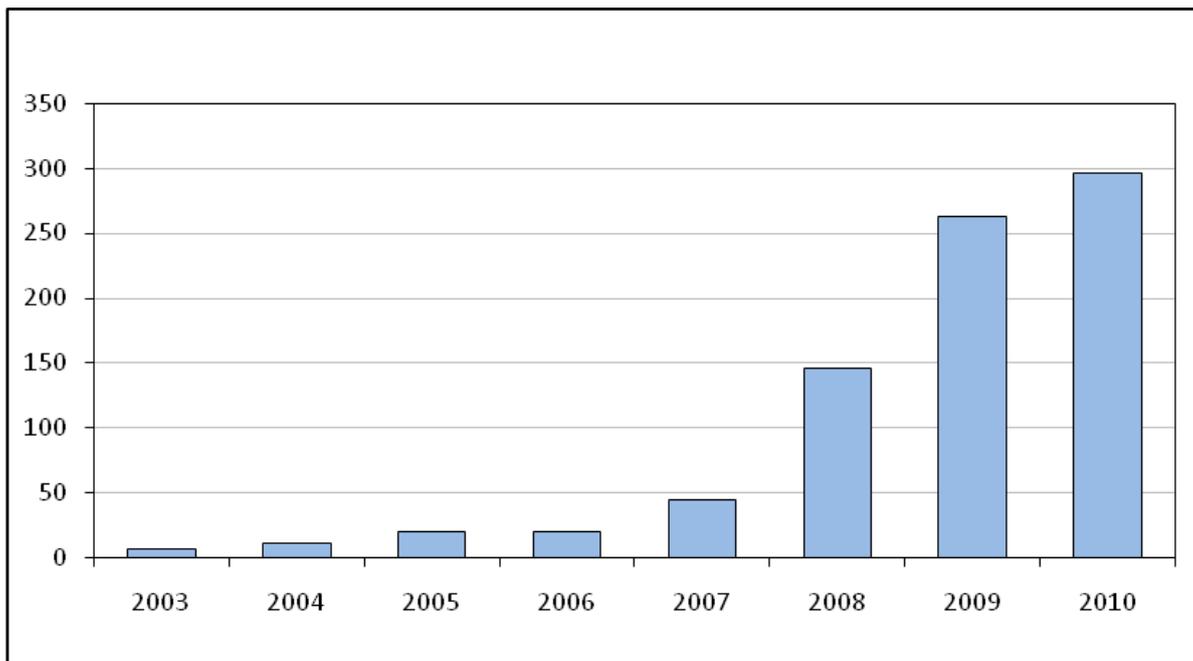
Dieser 1996 eingerichtete Fonds wird laut dem US-Kongress wie folgt eingesetzt: „Der Kongress erkennt an, dass die nationalen Interessen der USA unter speziellen ökonomischen-, politischen- oder Sicherheitsbedingungen ökonomische Unterstützung von Staaten verlangen – und zwar in Summen, die nicht allein durch entwicklungspolitische Ziele zu rechtfertigen sind (FAA §531 (a)). Der Wirtschaftshilfefonds (ESF) befördert die ökonomischen und politischen Interessen der USA im Ausland, indem er Hilfszahlungen an alliierte- und sich demokratisierende Staaten bereitstellt (...).“ (USDoS/USAID 2005: 6) Im Folgenden verdeutlicht das Beispiel zum Infrastrukturausbau die Ausrichtung der US-Hilfsgelder, den Südsudan von Khartum zu lösen und stattdessen auf die südlichen Anrainerstaaten zu orientieren.

### 2.3.3. USAID-Straßenaufbau im Südsudan

Eines der zentralen USAID Projekte im Sudan war in den vergangenen Jahren der Ausbau der 192 km langen „Juba-Nimule Road“ und ihrer Brücken, für den ein Vertrag mit der Luis Berger Group abgeschlossen wurde. (USAID 2009b: 1, USAID 2007b) Die bis heute einzige geteerte Straße des Südsudan ist gemäß USAID Teil der regionalen Integration des lange isolierten Südsudan – sie verbindet Juba mit Uganda, bietet von dort aus Zugang zu Kenia und über die Hafenstadt Mombasa, so USAID, zur ganzen Welt. (USAID 2009b: 3) „Die Verbindungsstraße zwischen Juba und Nimule wird nicht nur als Reisestrecke attraktiver für die lokale Community, sie wird letzten Endes zu einem florierenden Korridor des Zugangs zum Südsudan werden.“ (USAID 2007b: 1) Auch die im Juli 2009 fertiggestellte Bandame-Brücke, gelegen an der Grenze zu Uganda nahe der Orte Yei und Maride, soll den Südsudan mit Uganda sowie mit der Demokratischen Republik Kongo (DRK) verbinden. (USAID 2009c: 3) Weitere Großprojekte sind die 185 km lange Straße von Yambio nach Tambura (die Straße verläuft entlang der südsudanesischen Grenze zur DRK und zur Zentralafrikanischen Republik (RCA)) und die 75 km lange Dabio-Ezo Straße. Letztere kreuzt die Yambio-Tambura Straße und Ezo liegt unmittelbar am Grenzdreieck Südsudan-DRK-RCA. (USAID 2010a: 2) Diese Straße „wird eine ökonomisch unentbehrliche Verbindung zwischen West-Equatoria [Bundesstaat im Süd-Westen] und wichtigen Zentren des südsudanesischen Marktes, sowie mit der RCA und der DRK.“ (ebd.)

Alle Straßenbauprojekte liegen geographisch in den drei südlichsten Bundesstaaten des Südsudan (West-Equatoria, Zentral-equatoria und Ost-Equatoria) und verbinden das Land mit den umliegenden Staaten. Berichte über Verbesserungsmaßnahmen

Abbildung 2: Größe des US-Wirtschaftshilfefonds für den Sudan, Millionen US\$



Quellen: Eigene Darstellung nach USDoS (2005, 2006, 2007, 2008, 2009b, 2010b, 2011b, 2012)

an kleineren Straßen lassen sich nur wenige finden – zudem ausschließlich in den Hauptstädten südsudanesischer Bundesstaaten, Juba, Malakal und Wau. (vgl. z.B. USAID 2010b: 3) Im Sinne der CPA-Forderung, die Einheit des Sudan attraktiv zu machen, wäre es naheliegend gewesen, Infrastrukturprojekte, die der Isolierung des Südsudan entgegenwirken sollen, zumindest teilweise auf die Verbindung zum Norden auszurichten. Solche Projekte sind jedoch nicht bekannt. Ebenso wenig lassen sich Informationen über den Ausbau von Straßen und Wegen in abgelegenen ländlichen Gebieten des Südsudan finden, die der Landbevölkerung zu Gute gekommen wäre.

## 2.4. BRD – Konzepte für Afrika und den Sudan

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verfolgte ähnliche Ziele wie die der USA. Auch aus der Sudan-Agenda der Bundesregierung sowie aus ihrer Afrikastrategie lässt sich deutlich die imperialistische Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit herauslesen. Entwicklungspolitik helfe laut BMZ nicht nur der Bevölkerung in Entwicklungsländern, sondern auch „den Deutschen“ - denn Konflikte in anderen Staaten könnten die Sicherheit der Menschen hierzulande gefährden. (BMZ 2011a: 1) Deutsche Unternehmen und vor allem das Exportgeschäft sollen von Entwicklungszusammenarbeit profitieren: „Jeder Euro, den wir für Entwicklung in unseren Partnerländern ausgeben, zieht deutsche Exporte von 1,80 Euro nach sich (...) deutsche Unternehmen erschließen damit neue Absatzmärkte.“ (ebd.: 2) In ihrem Afrika-Konzept wird die Bundesregierung noch deutlicher. Gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in anderen Ländern seien von Interesse, denn sie schufen auch die nötigen Rahmenbedingungen zum Schutz deutscher Investitionen. „Deutschland hat als eine der führenden Handelsnationen ein natürliches (sic!) Interesse an freiem Welthandel, einer diversifizierten afrikanischen Wirtschaft, zunehmender Integration der afrikanischen Märkte untereinander und in die Weltwirtschaft sowie an steigendem Wohlstand in Afrika.“ Hin-

sichtlich fossiler Rohstoffe und Energie sei Afrika zudem ein wichtiger Produzent für Deutschland.

Als zentrale Probleme und als Berechtigung für den Aufbau einer eigenen Friedens- und Sicherheitsarchitektur in Afrika sieht die Bundesregierung ein Anwachsen des transnationalen Terrorismus‘ afrikanischer Herkunft, ebenso wie der Piraterie (am Horn von Afrika) und zunehmende Flüchtlingsbewegungen. Deutschland trage deshalb u.a. dazu bei, „in gefährdeten Staaten Polizei, Justiz und Militär demokratisch fortzuentwickeln. Dies umfasst die Stärkung staatlicher Institutionen, um Staatszerfall entgegenzuwirken (...)“ (ebd.: 20) Zukünftig setzt man auch in Afrika verstärkt auf zivil-militärische Zusammenarbeit: Bei wichtigen Fragen sollen das Auswärtige Amt und das BMZ auch das Bundesverteidigungsministerium einbeziehen. (ebd.: 21) Schließlich wird auch die Konkurrenz unter den globalen Mächten thematisiert: „Afrika selbst hat sich zum Schauplatz eines globalen Wettbewerbs entwickelt, die wirtschaftlichen Verbindungen Afrikas mit einflussreichen Ländern wie China und Indien sind in den vergangenen Jahren sprunghaft gestiegen.“ (ebd.: 29) Die deutsche Wirtschaft müsse sich der verstärkten Konkurrenz um Zugang zu Rohstoffen und Energieträgern stellen – und das nicht allein, sondern mit direkter Unterstützung der Bundesregierung. (ebd.: 30)

Das Afrika-Konzept korrespondiert mit der deutschen Sudan-Strategie. Es gelte hier „neue Krisen großen Ausmaßes bei einer Spaltung von Nord- und Südsudan vermeiden zu helfen.“ Im Vordergrund steht dabei für die Bundesregierung nicht die Mehrheit der Bevölkerung, die unter solchen „Zuspitzungen“ zu leiden hätte: „Handlungsbedarf ergibt sich nicht bzw. nicht allein aus humanitärem Altruismus, sondern aus wohlverstandener Eigeninteresse.“ (Bundesregierung 2010: 1) Die Bundesregierung richtete trotz des apodiktischen im CPA formulierten Auftrags, die Einheit im Sudan attraktiv zu machen, bereits Ende 2010 ihre Politik danach aus, dass die entscheidenden politischen Kräfte im Südsudan sich auf die Unabhängigkeit festgelegt hätten. (ebd.: 1) Entgegen eigener Darstellungen hat sie jedoch außenpolitisch nicht bloß auf diese Situation reagiert, sondern gemeinsam<sup>12</sup> mit den USA darauf hingewirkt, die

Tabelle 3: ODA-Zahlungen der BRD nach Sektoren (OECD), Millionen US\$, konstante Preise (2009)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	% der Gesamtzahlungen
<b>Sicherheitssektor</b>	0,8	0,6	0,7	2,3	0,8	8	8,4	6,1	8
<b>Regierungsbildung</b>	0,4	0,9	5,5	1,8	1,9	1,9	3,6	4,7	6
<b>Bildung</b>	8,8	10	8,8	9,3	7,6	7,1	6,9	6,4	18,5
<b>Gesundheit</b>	1,6	1,2	1,2	1,9	2,1	2,2	2,1	2	4,2
<b>Humanitäre Hilfe</b>	6,7	4	37,8	32,2	27,4	19,5	19,9	24,3	49
<b>Sonstiges</b>	4,8	3,6	3,08	5,17	18,6	5,78	5,4	3,72	14,5
<b>Gesamt</b>	23,1	20,33	57,08	52,67	58,69	38,48	46,3	47,22	

Quelle: Eigene Darstellung nach OECD. StatExtracts (2011)

Zeichen auf Unabhängigkeit des Südens statt auf einen einheitlichen „neuen Sudan“ zu stellen. Was wahlweise als Entwicklungspolitik oder friedensbildende Maßnahmen dargestellt wird, ist de facto ein Paradebeispiel für state-building.

## 2.4.1. Entwicklungspolitik der BRD

Der Sudan gehörte lange zu den Hauptempfängerländern deutscher Entwicklungshilfe. In den 1980er Jahren zahlte die BRD Summen von 200 bis zu 450 Millionen US\$ jährlich an das Land. (OECD. StatExtracts 2011) Ebenso wie die USA hatte auch die BRD dem Sudan zur Zeit der so genannten Systemkonfrontation eine hohe geostrategische Bedeutung beigemessen. Die deutsche Regierung wurde „bald ein Hauptpartner des sudanesischen Militärs und der Polizei- und Geheimdienste“. (Deckert 2008) 1989 beendete allerdings nicht nur die US-Regierung, sondern auch die der BRD die Entwicklungszusammenarbeit und finanzierte fortan ausschließlich Not- und humanitäre Hilfsprogramme im Sudan. (BMZ 2011b) Bereits in den Jahren der CPA-Verhandlungen stiegen die Zahlungen wieder leicht an. Nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens im Jahr 2005 wurde die Zusammenarbeit offiziell wieder aufgenommen – allerdings ausschließlich mit dem Süden des Landes. Politische oder wirtschaftliche Kooperation mit dem Norden, die über Not- und Übergangshilfe hinausgehe, so das BMZ, könne erst dann wieder erfolgen, wenn deutliche Fortschritte im Demokratisierungsprozess und bei der Wahrung der Menschenrechte zu verzeichnen seien. (ebd.)

Ein Blick in regierungseigene Dokumente zeigt die Widersprüchlichkeit dieser Politik: Sollten tatsächlich die Einhaltung der Menschenrechte und die Fähigkeit des Staates, Konflikte friedlich zu lösen, als Maßstab für finanzielle Unterstützung gelten, müsste die Menschenrechtssituation im Südsudan von der Bundesregierung zumindest als erheblich besser eingeschätzt werden, als die im Norden. Anderes ist jedoch beim Auswärtigen Amt (2011b) zu lesen: „Im Südsudan ist die Menschenrechtssituation nicht besser als im Nordsudan. (...) In vielen Fällen wenden die sich für die innere Sicherheit verantwortlich fühlenden Soldaten der Sudan People's Liberation Army, unverhältnismäßige Gewalt an.“ Und dennoch: „Diese Bedingungen [für die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe, Ch.B.] für

den Südsudan sind jetzt erfüllt“, so die damalige Entwicklungsmi-nisterin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD) im November 2005.<sup>13</sup> Was sich im Südsudan aber tatsächlich verändert hatte, war nicht die Menschenrechtssituation, sondern die politischen Bedingungen, denn durch das CPA waren nun die Voraussetzungen für eine Sezession des Südens gegeben.

## 2.4.2. Geographische und sektorale Verteilung der Gelder

OECD-Daten zufolge hat die BRD in den Jahren 2002 bis 2009 insgesamt 344 Millionen US\$ Entwicklungshilfe (also unter 10% der Gelder aus den USA) an den Sudan gezahlt, davon war etwa die Hälfte humanitäre Hilfe (Tabelle 3).

Für „Sicherheit“ und „Regierungsbildung“ waren es im gleichen Zeitraum zusammengenommen 48,4 Millionen US\$, bzw. 14%. Die Zahlungen für „Bildung“ und „Gesundheit“ belaufen sich auf 64,9 bzw. 14,3 Millionen US\$ (18,5% und 4,2%). Diese Daten schließen allerdings den deutschen Pflichtbeitrag zur UN-Militärmission im Sudan, die ebenfalls im Sicherheitssektor für den Aufbau der südsudanesischen Polizei zuständig ist, und weitere Beiträge zu UN Projekten nicht ein. Der UNMIS-Pflichtbeitrag umfasste z.B. seit 2005 jährlich zwischen 50 und 60 Millionen Euro. (Auswärtiges Amt 2011c)

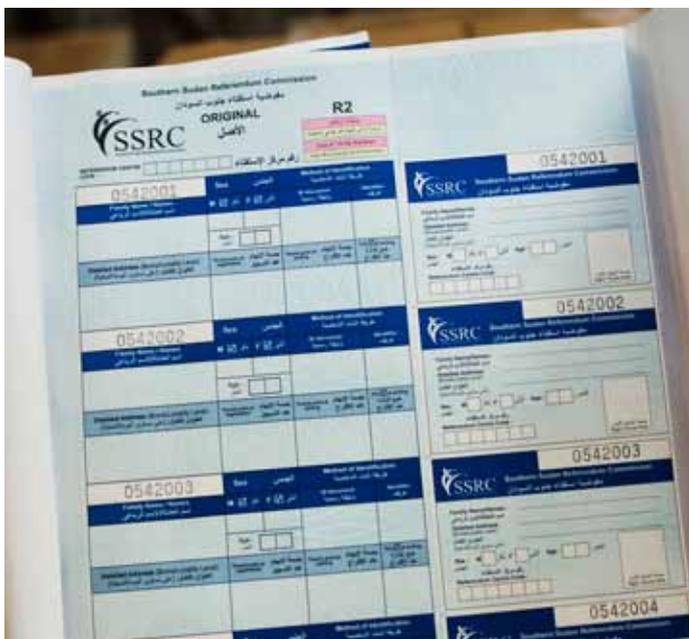
Dem Auswärtigen Amt zufolge lag der Anteil der Darfur-Hilfe an der gesamten humanitären Hilfe zwischen 2005 und 2011 bei 66%, der Anteil der humanitären Hilfe im Südsudan bei lediglich 16%. (ebd.) Während also ein großer Teil der humanitären Hilfsgelder in Darfur ausgezahlt wurde, sind die übrigen Entwicklungshilfegelder komplett in den südsudanesischen Staatsaufbau geflossen.

Der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei ist zudem zu entnehmen, dass die BRD seit 2005 20 Millionen € in den durch die Weltbank verwalteten MDTF-S<sup>14</sup> eingezahlt hat. (Deutscher Bundestag 2011a: 4) Durch diesen Fonds sollte laut Projektbeschreibung der Weltbank gleichzeitig „state building“ und „peacebuilding“ im Südsudan betrieben werden. (World Bank 2009: 3) Insgesamt hatte die Bundesregierung für den MDTF-N

<sup>13</sup> [http://www.epo.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=1162:bmz-nimmt-entwicklungszusammenarbeit-mit-sd-sudan-auf&catid=45&Itemid=90](http://www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1162:bmz-nimmt-entwicklungszusammenarbeit-mit-sd-sudan-auf&catid=45&Itemid=90), 06.03.2012

<sup>14</sup> Die von der Weltbank verwalteten Multi Donor Trust Funds für Nord- und Südsudan (MDTF-N und MDTF-S) gelten als Model für die im Zuge der CPA-Verhandlungen festgelegten multilateralen Finanzierungsprogramme.

<sup>12</sup> In der Bundestagsdrucksache 17/5814 schreibt die Bundesregierung, dass sie die Unterstützung des Staatsaufbaus im Südsudan als Unterstützung des Nord-Süd-Friedensprozesses begreift. (Deutscher Bundestag 2011b: 2) In diesem Zusammenhang spricht sie auch von einer „international koordinierten Strategie zum Staatsaufbau im Südsudan“ (ebd.: 3).



Wählerregistrierungsformular der Südsudanische Referendums-Kommission über die Entscheidung ob der Südsudan und die Region Abyei Teil des Landes bleiben. UN-Foto 2010.

und den MDTF-S 88 Millionen € zugesagt. In den Topf für den Nordsudan hat sie jedoch nie eingezahlt. (Deutscher Bundestag 2011b: 12, 16) Darüber hinaus gibt die Bundesregierung in dem Dokument an, im Rahmen der Stärkung staatlicher Strukturen im Süden sechs Millionen € für den Aufbau des städtischen Wassersektors, neun Millionen € für Regierungsaufbau bzw. Verwaltungsreformen, zwei Millionen € für Ernährungssicherung und nachhaltige Landwirtschaft sowie fünf Millionen € für Programme zur Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen ausgegeben zu haben. Insgesamt weitere dreizehn Millionen € wurden in Aussicht gestellt (Deutscher Bundestag 2011a: 4) und werden laut BMZ im Jahr 2012 für staatliche Entwicklungshilfe an den nun unabhängigen Südsudan ausgezahlt. (BMZ 2011b)

Zwischen 2009 und 2011 hat die Bundesregierung zusätzlich 3,62 Millionen € für Demobilisierungsprogramme (denen mittlerweile in zahlreichen Studien attestiert wurde, keineswegs zur Entmilitarisierung beigetragen zu haben), knapp 0,5 Millionen € für Projekte des Technischen Hilfswerkes (THW) in Juba, 0,38 Millionen € für Fortbildungsprogramme des Max-Planck-Institutes zur Vorbereitung auf das Sezessionsreferendum und 1,3 Millionen € für die Förderung rechtsstaatlicher Strukturen durch das Max-Planck-Institut bereitgestellt. Aus diesem Topf wurde beispielsweise die Erstellung der Übergangsverfassung für den Südsudan finanziert, die zwar mit den Worten „We, the People of Sudan“ beginnt, aber im März 2011 in Zusammenarbeit mit südsudanesischen Juristen und Parlamentariern im Max-Planck Institut in Heidelberg verfasst wurde. „Die Vorschläge aus Heidelberg werden in den kommenden Wochen einem größeren Teilnehmerkreis in Juba, der Hauptstadt des Südsudan, zugänglich gemacht“, heißt es in einer Erklärung der Max Planck Gesellschaft.<sup>15</sup> Kritik erfuhr dieses Vorgehen ebenso wenig wie der Entschluss der südsudanesischen Regierung, in dem Verfassungsentwurf „Abyei zum Teil des Staatsgebietes zu erklären – im eklatanten Widerspruch zum CPA.“ (Deckert/Simon 2011b)

Weiter wurden der Bundesregierung zufolge 0,69 Millionen € zur Vorbereitung der Wahlen im Jahr 2010 ausgegeben, 4,7 Millio-

nen € zur Stärkung von Polizeistrukturen durch die GIZ und 1,9 Millionen € zur Unterstützung des UN-Radionetzwerkes Miraya. (Deutscher Bundestag 2011b: 3) Auch im Bereich des zivilen Friedensdienstes (ZFD) beschränken sich die Ausgaben der Bundesregierung auf Projekte im Südsudan. Der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungshilfe (AGEH), dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED – jetzt giz) und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) wurden dafür bis zum Jahr 2013 insgesamt 1,9 Millionen € in Aussicht gestellt.

Im Vergleich zu den Geldern aus den USA ist die Summe der deutschen Entwicklungshilfezahlungen an den Sudan sehr klein. Sie unterstützen aber deutlich die secessionistische Linie der US-Entwicklungszusammenarbeit. Ein Großteil der deutschen Entwicklungshilfe ist in Projekte geflossen, die der Abspaltung des Südsudan und dem Machtausbau wohlgesonnener politischer Strukturen innerhalb des Südsudan dienten. Was dies in der Praxis bedeutet, soll beispielhaft an Programmen der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ, heute giz) dargelegt werden.

### 2.4.3. Projekte der GTZ im Sudan

Die GTZ war seit 1972 im Sudan aktiv, stellte die Entwicklungshilfe jedoch entsprechend der Vorgaben des BMZ 1989 ein. Im Zuge der CPA-Verhandlungen übernahm die Gesellschaft wieder erste Aufträge im Südsudan. Bereits 2004 war sie im Auftrag des World Food Programme an Infrastruktur- und Straßenbauprojekten beteiligt. Seit 2006 gehört auch der Aufbau von Wasserverwaltung und Wasserwirtschaft im Auftrag des BMZ zu ihren Projektschwerpunkten im Südsudan. (GTZ 2011b) 2007, also vier Jahre vor der Unabhängigkeit, begann das GTZ-Projekt zur Unterstützung beim Staatsaufbau im Südsudan, vor allem im Bereich Governance/Verwaltungsreform und Dezentralisierung. (GTZ 2011a) Das Friedendabkommen, so die Projektbegründung, habe Möglichkeiten für die Neugestaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Systeme im Südsudan eröffnet. (GTZ 2011a) Im Auftrag des Auswärtigen Amtes ist die GTZ zudem mit dem Aufbau von Polizeistrukturen im Südsudan und in Abyei befasst.

#### 2.4.3.1. Straßenbau

Im Auftrag des südsudanesischen Ministeriums für Transport und Straßen und des World Food Programme beteiligte sich wie USAID auch die GTZ durch den Ausbau des Straßennetzes daran, die Sezession infrastrukturell zu ermöglichen. Das größte Projekt zwischen 2004 und 2011 war der Ausbau der Verbindung zwischen den südsudanesischen Städten Narus und Malakal, das die häufig gesondert aufgeführten Teilprojekte Bor-Juba und Juba-Kapweta einschließt. (GTZ 2011a) Malakal ist die Hauptstadt des im Südsudan nordwestlich gelegenen Staates Upper Nile. Narus liegt im südwestlich gelegenen Staat Ost-Equatoria an der Grenze zu Kenia, unweit der ugandischen Grenze. Der Ausbau dieser Straßenverbindung stellt laut Martin Müller von der Abteilung Zentral-/Westafrika der GTZ eine Grundvoraussetzung für Wiederaufbau und Entwicklung des Landes dar. Die Gesellschaft wolle durch das Projekt infrastrukturelle Voraussetzungen für Transport und Handel schaffen. (Müller 2008: 19) Gemäß der Projektbeschreibungen sollten die an der ausgebauten Straße liegenden Städte und die heutige südsudanesische Hauptstadt Juba wirtschaftlich an das westlich gelegene Kenia und an Uganda angebunden werden, nicht aber an die sudanesische Hauptstadt Khartum oder andere Gebiete des Nordsudan. Die Projekte werden damit begründet, dass die Friedensbemühungen auch von der Rehabilitierung der Infrastruk-

<sup>15</sup> <http://www.mpg.de/1222623/Suedsudan>, 06.03.2012



Rekruten des Südsudanesischen Polizei bei einer Übung in Rajaf - die Polizei war dafür vorgesehen, das Referendum 2011 zu schützen. UN-Foto 2010

tur abhingen. Richtig daran ist, dass es in weiten Teilen des Landes kaum Straßen gibt und ein Ausbau der Infrastruktur notwendig ist. Das gilt allerdings nicht nur für den Süden, sondern auch für einen Großteil des Nordsudan und vor allem für ländliche Regionen. Die Arbeit der GTZ war eindeutig nicht darauf ausgerichtet, dem Problem der peripheren Beziehung des Südens zu Khartum oder der Isolierung weiter Bevölkerungsteile entgegenzuwirken, sondern auf die Verbindung des Südsudan zu den südlichen Anrainerstaaten.

#### 2.4.3.2. Programm zur Unterstützung des Staatsaufbaus

Zur Unterstützung des Staatsaufbaus im Südsudan hat die GTZ in Zusammenarbeit mit dem Präsidialamt der GoSS vor allem an der Umstrukturierung von Regierungsinstitutionen gearbeitet. Nach Jahrzehnten des Krieges erkenne das CPA Dezentralisierung und „Empowerment“ auf allen Staatsebenen als wichtigste Prinzipien für eine effektive und faire Verwaltung und Ressourcenverteilung an, heißt es in der Projektbeschreibung. (GTZ 2011c) Die Gesellschaft hat die GoSS beispielsweise bei einem Kommunalverwaltungsgesetz beraten, das eine Dezentralisierung der Verwaltungsaufgaben in die Gemeinden vorsieht. Sie betrachtet dieses Gesetz als „Meilenstein“ im Friedensprozess, denn „angesichts der Abwesenheit von Staatlichkeit und der Polarisierung innerhalb der ethnisch heterogenen südsudanesischen Gesellschaft stellt eine Einigung über die Ausgestaltung der Dezentralisierung eine große Herausforderung dar.“ (GTZ 2011c) Konflikte entstünden demnach aufgrund von Staatsschwäche und entlang ethnischer Polarisierung. Regierungskritische Sudan-Experten kritisieren seit langem solcherlei ethnischierende Erklärungsmuster für bewaffnete Konflikte innerhalb des Sudan. (vgl. z.B. Deckert/Simon 2011a, 2011b) Deckert und Simon weisen beispielsweise zu Recht Bilder einer prähistorischen Gesellschaft und dämonischer Krieger-Mentalitäten zurück. Ethnische Gräben dienen schlechterdings zur ideologischen Mobilmachung (Deckert/Simon 2011a), können jedoch durch

Zuschreibungen von Außen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit auch vertieft werden.

Dass der Aufbau eines Staates auf dieser Basis und ohne die grundlegende Veränderung sozialer Verhältnisse mit Friedenspolitik gleichgesetzt wird, entbehrt jeglicher Grundlage. In der südsudanesischen Bevölkerung wächst bereits die Befürchtung, dass die Macht dominanter Gruppierungen innerhalb der intern gespaltenen Regierung in Teilstaaten sowie auf Bezirks- und Unterbezirksebenen und damit auch das Konfliktpotenzial zunimmt. (Deckert/Simon 2011a) Wolfram Lacher (2011: 19) teilt in einer SWP-Studie die Sorge, südsudanesische Eliten könnten durch die Dezentralisierungsprojekte ihre Macht- und Klientelinteressen schlicht effizienter durchsetzen. Die GTZ-Politik kann demnach dazu führen, dass die Regierungselite über den Ausbau von Patronagenetzwerken konkurrierende Interessengruppen in den zivilen und militärischen Machtapparat einzubeziehen versucht. (ebd.: 21) „Parlamente auf südsudanesischer und Gliedstaatsebene dienen vor allem als Patronage-Instrumente.“ (ebd.: 20) Diese Einschätzungen stehen den Angaben der GTZ, den Aufbau einer „bürger-nahen öffentlichen Verwaltung“ (GTZ 2011c) zu unterstützen, diametral entgegen.

#### 2.4.3.3. Stärkung der Polizei im Südsudan

Der Aufbau der Polizei ist ein zentrales Element des Staatsaufbaus im Südsudan und wurde seit 2005 hauptsächlich von UNMIS betrieben. Auch die BRD ist am UNMIS-Polizeiaufbau beteiligt aber das Auswärtige Amt unterstützt den Southern Sudan Police Service (SSPS) darüber hinaus mit eigenen Programmen, die von der GTZ durchgeführt werden. (Auswärtiges Amt 2010) Sie stattet den SSPS vor allem mit Kommunikationsmitteln aus, mit denen analog zur politischen Dezentralisierung landesweit auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen polizeiliche Daten ausgetauscht werden können. (GTZ 2011d) Nach der Darstellung der GTZ trage die materielle Ausrüstung der SSPS zum Schutz der Zivilbevölkerung bei und die Stärkung der SSPS fördere den Friedens-



Rekruten des Südsudanesischen Polizei. UN-Foto/Paul Banks 2010

prozess. Doch das Gegenteil ist der Fall. Zunächst sind die SPLA und die SSPS nicht eindeutig voneinander zu trennen. Ein Großteil der Polizisten im Südsudan besteht aus ehemaligen Kämpfern der SPLA, die ohne Polizeitrainings in die SSPS aufgenommen wurden. (Lokuji/ Abatneh/ Wani 2009: 14, Lacher 2011: 25) Die SSPS orientiert sich weder an geltendem südsudanesischem Recht noch an Menschenrechten und ist weit davon entfernt, die Basisrechte der Südsudanesen verantwortungsvoll zu schützen. (Lokuji/ Abatneh/ Wani 2009) Abgesehen davon, dass die SSPS in der Bevölkerung als inkompetent und korrupt gilt, bildet sie eine zusätzliche Gefahrenquelle für die Bevölkerung, die bis zu Übergriffen und schweren Menschenrechtsverletzungen reicht. (Lacher 2011: 11) In einem von der BRD und anderen westlichen Gebern finanzierten SSPS-Ausbildungszentrum, in dem offiziell auch Trainings in Sachen Menschenrechtsstandards stattfinden sollten, sind Skandale um schwere Menschenrechtsverletzungen innerhalb des Zentrums sowie durch dort geschulte Polizisten an der Bevölkerung bekannt geworden. (Lacher 2011: 24, 26, Haefliger 2011) Die Gewalt der Polizei richtet sich dabei häufig gegen politische Oppositionelle. Human Rights Watch berichtet zudem von menschenrechtswidrigem Vorgehen der SSPS in zahlreichen Fällen, z.B. gegen Studierendendemonstrationen. (vgl. HRW 2009: 13) Die Bundesregierung unterstützte also, deklariert als Friedenspolitik, seit 2005 den Aufbau einer Polizei im Südsudan, die eine zusätzliche Gefahrenquelle für die Bevölkerung darstellt. Aber: sie stellte eine Notwendigkeit für die Abspaltung vom Sudan dar.

### 3. Schlussfolgerungen: Krieg im Sudan und Einflussnahme von außen

Die Entwicklungszusammenarbeit der USA einerseits und der BRD andererseits mit dem Sudan ist unter quantitativen Gesichtspunkten nicht miteinander vergleichbar – die Zahlungen der USA waren erheblich höher. Auch die Schwerpunkte der Finanzierung wurden teilweise unterschiedlich gesetzt. Vergleichbar ist jedoch die Ausrichtung der Entwicklungspolitik: Nachdem sich abzeichnete, dass die SPLA trotz militärischer Unterstützung die Macht im Sudan nicht übernehmen würde, haben beide Staaten im Zuge des CPA-Prozesses ihre Sudan-Strategie auf die Abspaltung des Südsudan ausgerichtet – die Entwicklungszusammenarbeit diene ihnen dabei als Mittel, die Sezession zu befördern. Die Unabhängigkeit als reale Option ist erst durch massiven Druck von außen auf die politische Agenda gesetzt worden. Die Regierungen Deutschlands und der Vereinigten Staaten haben im Sudan in den vergangenen Jahren, ohne selber Krieg zu führen, eine Politik der Schwächung al-Bashirs betrieben und ihren „state-building“-Baukasten, zu dem Militär- und Entwicklungshilfe ebenso zählen wie Sanktionen, zur aktiven Sezessionshilfe genutzt. Wenn beide Mächte auch nicht als einheitlicher westlicher Block zu betrachten sind, sind sie sich in Bezug auf ihre Sudan-Politik durchaus einig, den neuen Staat in das eigene Herrschaftssystem zu integrieren. Nun stellt sich die Frage, welche Interessen durch diese Strategie verfolgt wurden. Unter Kritikern der Politik westlich-kapitalistischer Staaten wird meist angenommen, dass die umfangreichen Ölvorkommen im Südsudan Motor sowohl für den Krieg zwischen Nord- und Südsudan als auch für die geopolitisch motivierte Einflussnahme von außen (gewesen) sind.

Tatsächlich ist diese Annahme naheliegend: Human Rights Watch (2003: 37) beschreibt in einem ausführlichen Bericht über die Aktivitäten von Ölkonzernen im Sudan, welche Rolle Öl und damit verbundene Profitinteressen im Bürgerkrieg gespielt haben. *„Der Zusammenhang zwischen Krieg und Vertreibungskampagnen zur Entwicklung des Ölsektors ist offensichtlich: Die Ölgebiete, in denen die Bevölkerung gezielt vertrieben wurde, sind diejenigen, in denen eine Konzession genehmigt und eine Pipeline fertiggestellt wurde.“*<sup>16</sup> Seitdem Ende der 1980er Jahre die Erdölförderung begann, haben sich Eliten im Norden den Ölreichtum im Prinzip allein angeeignet und zahlreiche Menschen aus Ölfördergebieten getötet oder vertrieben, was zu massiven bewaffneten Auseinandersetzungen in den entsprechenden Regionen geführt hat. Auch nach der Sezession gab es zwischen Norden und Süden Kämpfe um Öl. Der Ölkonzern Chevron, durch den das sudanesishe Öl entdeckt worden war, verließ den Sudan ebenso wie die französische Total nach dem Militärputsch al-Bashirs im Jahr 1989. Seither ist zwar kein US-Konzern am sudanesischen Ölgeschäft beteiligt, der Ölsektor wuchs aber dennoch: Zum Misslieden der USA profitierte China vom Rückzug der westlichen Konzerne und stieg in die Ölförderung im Sudan ein, als al-Bashir Partner für die Greater Nile Petroleum Operating Company (GNPOC) suchte. Die chinesische CNPC ist seither der größte Ölförderer im Sudan. (Seifert 2008: 29) Das Land (in seinen Grenzen bis 2011) verfügte mit 6,4 Mrd. Barrel<sup>17</sup> Erdöl nach Libyen, Nigeria, Algerien und Angola über das fünfgrößte Erdölvorkommen Afrikas. Ein Großteil davon liegt im heutigen Südsudan, bzw. in der Nord-Süd-Grenzregion und wurde somit durch die Sezession der direkten Kontrolle Khartums entzogen. Im Januar 2012 haben die Regierungen Südsudans und Kenias zudem ein Abkommen über den Bau einer Pipeline zum kenianischen „Lamu Port“ getroffen, die die südsudanesishe Ölförderung komplett vom Sudan unabhängig machen würde. (BBC 2012)

Vor diesem Hintergrund scheint es naheliegend, dass die USA und ihre Verbündeten in den vergangenen Jahren eine Politik der Spaltung betrieben haben, um westlichen Konzernen den Weg in das (süd)sudanesishe Ölgeschäft wieder zu ebnen, ohne dabei auf eine Kooperation mit al-Bashir angewiesen zu sein. Doch diese Erklärung greift zu kurz. Zwar wäre es falsch, anzunehmen, das Öl spiele keine Rolle. Es gibt jedoch derzeit keine Anzeichen für ein unmittelbares wirtschaftliches Interesse an der Neuerwerbung südsudanesischer Ölkonzessionen durch westliche Konzerne. Ebenso wenig wird (offen) zu verhindern versucht, dass China bereits kurze Zeit nach der Unabhängigkeitsfeier in Juba gute Geschäfte mit dem Südsudan macht. Die Abspaltung des Südens hat den USA, der BRD und anderen westlichen Mächten also nicht vorrangig zur Saturation direkter Rohstoffinteressen genützt. Auf der Bühne internationaler Auseinandersetzungen sollte die Sezession des Südsudan vor allem zwei Zwecke erfüllen:

Erstens schob die Spaltung des Staates dem einfachen Spiel einen Riegel vor, das China im Sudan seit dem Rückzug des Westens sowohl wirtschaftlich als auch politisch hatte. Durch den Aufbau guter Beziehungen zum Sudan und anderen Staaten, mit denen die USA nicht kooperieren, konnte China in den vergangenen Jahren die eigene Vorherrschaft auf dem afrikanischen Kontinent massiv ausdehnen und ist den westlichen Mächten damit zunehmend ein Dorn im Auge geworden. China sichert sich damit nicht nur

Rohstoffe für die eigene, im weltweiten Vergleich stark wachsende Wirtschaft, sondern stellt durch sein zunehmendes politisches, developmentpolitisches und derweil auch militärisches Auftreten zudem die Monopolstellung der USA in politischen Aushandlungsprozessen massiv in Frage. Die Unterstützung des Sezessionismus ist daher als geopolitischer Zug zu bewerten, durch den Chinas Vormarsch in Afrika und damit sowohl die chinesische Kontrolle über das Öl als auch dessen zunehmende politische Einflussnahme erschwert werden soll. Johnnie Carson, US-Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten, bekräftigt diese Einschätzung. Zwar betrachte man China noch nicht als militärische oder als Sicherheitsbedrohung, doch als einen *„sehr aggressiven und schädlichen ökonomischen Rivalen ohne jegliche Moral.“* Carson benannte sogar Bedingungen, unter denen die USA einen härteren Kurs gegen Chinas Afrikapolitik einlegen sollten: *„Haben sie Verträge über Militärbasen unterzeichnet? Bilden sie Armeen aus? Sind geheimdienstliche Operationen in Gang gesetzt worden? Sobald sich auf diesen Gebieten etwas tut, werden die Vereinigten Staaten beginnen, sehr besorgt zu sein.“* (Zitiert nach Wagner 2011: 6) Auch wenn Salvar Kiir gute Geschäfte mit China macht – ein souveränes Staatsoberhaupt, das unabhängig von westlichen Geberstaaten über die eigene wirtschaftliche und politische Ausrichtung entscheiden kann, ist er nicht.

Zweitens wollte man durch die Sudan-Politik der vergangenen Jahre das Regime al-Bashir's schwächen und wenigstens über einen Teil des Landes die Kontrolle erlangen. Der Sudan war bis 2011 nicht nur der flächengrößte Staat Afrikas, sondern geographisch in unmittelbarer Nähe zum Horn von Afrika gelegen. Al-Bashir hatte sich zwar in den vergangenen Jahren offener gegenüber einer Kooperation im „Kampf gegen den Terrorismus“ der USA gezeigt, wurde von den führenden westlichen Staaten jedoch nie als verlässlicher Partner eingestuft. Einem Bericht des US-Außenministeriums von 2005 zufolge sollte eine Wende dieser Situation herbeigeführt werden, denn *„gemessen an der Größe des Sudan, seinem Öl- und Ressourcenreichtum und seiner Lage am volatilen Horn von Afrika ist dies wichtig für die nationalen Interessen der USA in der Region.“* (USDoS 2005: 259) Seit langem wird dem Sudan beispielsweise vorgeworfen, als Rückzugsgebiet für diverse Rebellenorganisation zu dienen, die der eigenen Politik am Horn von Afrika hinderlich sind. Die Sezession des Südsudan bot zwar keine holistische Lösung – zumindest ein Teil des Landes, zudem der näher am Horn von Afrika gelegene, konnte auf diese Weise jedoch nicht nur wirtschaftlich an die verbündeten südlichen Anrainerstaaten angebunden werden, sondern auch politisch. Damit ist er für die eigene Kriegspolitik am Horn von Afrika berechenbarer und im Konflikt mit China zumindest potentiell auf der eigenen Seite. In al-Bashir haben westliche Staaten keinen zuverlässigen Verbündeten für ihre Afrikapolitik, in dem von ihnen massiv abhängigen Salvar Kiir (zumindest vorerst) jedoch schon. Gründe für die Ausübung territorialer Herrschaft im Sudan gibt es aus Sicht der westlichen Mächte damit ausreichend.

### 3.1. Gegen Krieg sein reicht nicht immer aus

Dass Entwicklungszusammenarbeit als ziviles Mittel imperialistischer Außenpolitik verstanden werden muss, gilt also nicht nur für Kriegsschauplätze wie Irak und Afghanistan, wohin die USA ganz im Sinne des „Comprehensive Approach“ die größten Summen „Entwicklungsgelder“ fließen lassen, sondern auch für den Sudan. Die Entwicklungszusammenarbeit stand keineswegs im Zeichen eines Prozesses, der darauf ausgelegt war, Konflikte tatsächlich zu lösen und einen wirklichen Frieden herbeizuführen oder die Lebenssituation der Menschen zu verbessern. Sie hat

<sup>16</sup> Die deutsche Übersetzung des Zitats von Human Rights Watch wurde übernommen von Wagner (2004).

<sup>17</sup> Der U.S. Energy Administration (USEIA 2011) zufolge liegen verschiedene Schätzungen der Ölbestände im Sudan zwischen 4,2 und 6,7 Mrd. Barrel Öl.

vielmehr dazu beigetragen, durch den Staatsaufbau die Sezession als einzige Option darzustellen. Für die Bevölkerung im Süden wurde vor dem Referendum die Fragestellung verändert, die die Abstimmung umrahmte. Das öffentlich vermittelte Bild, zu dem nebenbei bemerkt auch Khartoum beigetragen hat, war dieses: Entweder Sezession oder al-Bashir und Krieg. Sechs Jahre lang wurde „Friedensbildung“ sowohl von der GoSS als auch von westlichen Helfern allein mit dem Aufbau staatlicher Strukturen, des Militärs und der Polizei unter Vorherrschaft der SPLM/A gleichgesetzt. Die Hilfe bestand darin, dem Südsudan „dabei zu helfen, das Land auf ein Zwei-Staaten-Ergebnis vorzubereiten“, so Ted Dagne (2011: 9) vom Forschungsdienst des US-Kongresses. Was zivile Konfliktbearbeitung genannt wurde, war der Aufbau eines neuen undemokratischen Regimes in Juba. Die südsudanesischen Wähler dienten aus Sicht westlicher Politiker in diesem Prozess als Urnengänger zur Legitimation der Abspaltung. Das Ziel der USA und der BRD war nie, die Einheit des Sudan attraktiv zu machen, der südsudanesischen Bevölkerung zu ihrem Selbstbestimmungsrecht zu verhelfen oder ihr eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen – geschweige denn dabei zu helfen, die Wurzeln der Konflikte im Sudan zu beheben.

## Literatur

- Amnesty International (AI) (2011): Arms Trade fuels violations in Sudan conflict. <http://www.amnesty.org/en/news-and-updates/arms-trade-fuels-violations-sudan-conflict-2011-07-08>, 12.12.2011
- Auswärtiges Amt (2010): Polizeiaufbau im Südsudan. [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/G8FriedenSicherheit/Sudan/Sudan\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/G8FriedenSicherheit/Sudan/Sudan_node.html), 14.02.2012
- Auswärtiges Amt (2011a): Deutschland und Afrika: Konzept der Bundesregierung. <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/581096/publicationFile/155305/110615-Afrika-Konzept-download.pdf>, 14.02.2012
- Auswärtiges Amt (2011b): Sudan. Innenpolitik. [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Sudan/Innenpolitik\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Sudan/Innenpolitik_node.html), 14.02.2012
- Auswärtiges Amt (2011c): Deutsche Beteiligung an UNMIS. [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/Sudan/UNMIS\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/Sudan/UNMIS_node.html), 14.02.2012
- BBC (2010): Obama pledges revamp of foreign aid policy. 22.09.2010. <http://www.bbc.co.uk/news/world-us-canada-11394443>, 14.02.2012
- BBC (2012): South Sudan in Kenyan Oil Pipeline Deal. 25.02.2012. <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-16720703>, 14.03.2012
- Bennett, Jon et al. (2010) Aiding the Peace: A Multi-donor Evaluation of Support to Conflict Prevention and Peacebuilding activities in Southern Sudan 2005-2010. ITAD Ltd. United Kingdom. <http://www.cmi.no/file/?1208>, 14.02.2012
- Biel, Melha R. (2007): Der Sudan nach dem Umfassenden Frieden (CPA). In: Biel, Melha R./Leiß, Olaf (Hg.) (2007): Politik in Ostafrika – Zwischen Staatszerfall und Konsolidierung. Peter Lang, Frankfurt am Main.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2011a): Deutsche Entwicklungspolitik auf einen Blick. Bonifatius Druck und Verlag, Paderborn.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2011b): Die Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit: Südsudan. [http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/laender\\_regionen/subsahara/suedsudan/index.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/subsahara/suedsudan/index.html), 14.02.2012
- Bundesregierung (2010): Länderkonzept Sudan. <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/584318/publicationFile/156371/Sudankonzept.pdf>, 14.02.2012
- Council of the European Union (CEU) (1994): Council Decision 94/165/CFSP of 15 March 1994 on the Common Position Defined on the Basis of Article J.2 of the Treaty on European Union Concerning the Imposition of an Embargo on Arms, Munitions and Military Equipment on Sudan. 94/165/CFSP.
- Council of the European Union (CEU) (2004): Council Common Position 2004/31/CFSP of 9 January 2004 Concerning the Imposition of an Embargo on Arms, Munitions and Military Equipment on Sudan. 2004/31/CFSP.
- Council of the European Union (CEU) (2005): Council Common Position 2005/411/CFSP of 30 May 2005 concerning restrictive measures against Sudan and repealing Common Position 2004/31/CFSP.
- Dagne, Ted (2011a): Sudan: The Crisis in Darfur and Status of the North-South Peace Agreement. Congressional Research Service. <http://www.fas.org/sgp/crs/row/RL33574.pdf>, 14.02.2012
- Dagne, Ted (2011b): The Republic of South Sudan: Opportunities and Challenges for Africa's Newest Country. Congressional Research Service (CRS) Report for Congress. <http://www.fas.org/sgp/crs/row/R41900.pdf>, 14.02.2012
- Deckert, Roman (2008): Deutsches Kriegsgerät im Sudan. <http://www.dfg-vk.de/thematisches/kleinwaffen-aechten/2008/288>, 10.04.2012
- Deckert, Roman/ Simon, Tobias (2011a): Warum die Kämpfe im Südsudan keine „Stammeskriege“ sind. In: Zenith. Zeitschrift für den Orient. 01.09.2011. <http://www.zenithonline.de/deutsch/wirtschaft/artikel/warum-die-kaempfe-im-suedsudan-keine-stammeskriege-sind-002154/>, 14.03.2012
- Deckert, Roman/ Simon, Tobias (2011b): Neue Gewalt im Südsudan: „Böser Norden vs. Guter Süden?“ In: Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V (Inamo) Nr. 66. S. 66-69.
- Deutscher Bundestag (2011a): Drucksache 17/4416. 17. Wahlperiode. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dagdelen, Niema Movassat, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 17/4312 – Zur Entsendung einer EU-Battlegroup in den Sudan.
- Deutscher Bundestag (2011b): Drucksache 17/5814. 17. Wahlperiode. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan van Aken, Kathrin Vogler, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 17/5612 – Maßnahmen der zivilen, gewaltfreien Konfliktbearbeitung und der nachhaltigen Entwicklung zur Unterstützung des Nord-Süd-Friedensprozesses im Sudan.
- De Waal, Alex (2010): Zeit der Entscheidungen im Sudan: Szenarien über das Friedensabkommen hinaus. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2010): Sudan – kein leichter Weg in die Zukunft. Reihe Demokratie. Band 18. Berlin. S. 10-30.
- El-Gawhary, Karim (2001): Bill Clinton wollte Bin Laden 1996 nicht haben. Berliner Zeitung, 26.10.2001. <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/bill-clinton-wollte-bin-laden-1996-nicht-haben,10810590,9946200.html>, 14.02.2012
- Evangelisches Missionswerk in Deutschland (Hg.) (1995): Sudan. Weltmission heute Nr. 16. Hamburg. Darin enthalten: Grundsatzerklärung der Regierungsvertreter, der SPLM/SPLA und der Vereinigten SPLM/SPLA (Declaration of Principles). 1994. Nairobi. S. 16-17.
- Fake, Steven/Funk, Kevin (2009): The Scramble for Africa. Darfur – Intervention and the USA. Black Rose Books. New York.
- Gelfand, Lauren/ Puccioni, Allison (2009): IMINT tracks T-72 tanks towards South Sudan. Jane's Defense. 07. 07. 2009. [http://www.janes.com/products/janes/defence-security-report.aspx?ID=1065926962&cpu=1&rd=janes\\_com](http://www.janes.com/products/janes/defence-security-report.aspx?ID=1065926962&cpu=1&rd=janes_com), 12.12.2011

- German Foreign Policy (GFP) (2006): Mit Rebellen gegen Khartum. Interview mit Helmut Strizek. <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56664>, 16.03.2012
- Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (2011a): Sudan. <http://www.gtz.de/de/praxis/15563.htm>, 14.02.2012
- Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (2011b): Entwicklung des städtischen Wasser- und Sanitärsektors. <http://www.gtz.de/de/weltweit/afrika/30187.htm>, 14.02.2012
- Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (2011c): Programm zur Unterstützung des Staatsaufbaus. <http://www.gtz.de/de/weltweit/afrika/20998.htm>, 14.02.2012
- Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (2011d): Stärkung der Funktionsfähigkeit von Polizeistrukturen in Afrika – Komponente Südsudan. <http://www.gtz.de/de/praxis/30771.htm>, 14.02.2012
- Government of Sudan (GoS)/ Sudan People's Liberation Movement/Army (SPLM/A) (2005): Comprehensive Peace Agreement between the Government of the Sudan (GoS) and the Sudan People's Liberation Movement/Sudan People's Liberation Army (SPLM/SPLA) (CPA). Naivasha, Kenya. <http://www.aec-sudan.org/docs/cpa/cpa-en.pdf>, 12.12.2011
- Haefliger, Markus (2011): Neuer Skandal um Polizei im Südsudan. Kollektivstrafe mit Todesursache bei einem von westlichen Geberländern prioritär geförderten Projekt. Neue Zürcher Zeitung, 22. 01. 2011. [http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/neuer\\_skandal\\_um\\_polizei\\_im\\_suedsudan\\_1.9177350.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/neuer_skandal_um_polizei_im_suedsudan_1.9177350.html), 14.02.2012
- Hainzl, Gerald (2005): Sudan. Zwischen Krieg und Frieden. In: Feichtinger, Walter (Hg.) (2005): IFK Aktuell I/05. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. [http://www.bmlv.gv.at/pdf\\_pool/publikationen/0404ifkaktuell.pdf](http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/0404ifkaktuell.pdf), 12.03.2012
- House Of Lords (2011): Foreign Affairs, Defence and Development Policy (Sub-committee C).The EU's Conflict Prevention and Peace-keeping role in Sudan. Written Evidence. <http://www.parliament.uk/documents/lords-committees/eu-sub-com-c/Sudan/SudanWrittenEvidence.pdf>, 12.12.2011
- Human Security Baseline Assessment (HSBA) (2009): Sudan Issue Brief. Supply and demand. Arms flows and holdings in Sudan. Small Arms Survey 15, Dezember 2009. <http://www.smallarms-surveysudan.org/pdfs/HSBA-SIB-15-arms-flows-and-holdings-in-Sudan.pdf>, 12.12.2011
- Human Rights Watch (HRW) (2003): Sudan, Oil and Human Rights. <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/sudanprint.pdf>, 14.3.2012
- Human Rights Watch (HRW) (2009): Sudan. "There is No Protection". Insecurity and Human Rights in Southern Sudan. [http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/southsudan0209\\_webwcover.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/southsudan0209_webwcover.pdf), 10.04.2012
- Kahrs, Reiner (2010): Das Geheimnis des Waffenschiffes „Faina“. Das ARD Radio Feature. Nordwest Radio. [http://web.ard.de/media/pdf/radio/radiofeature/waffenschiff\\_faina.pdf](http://web.ard.de/media/pdf/radio/radiofeature/waffenschiff_faina.pdf), 12.12.2011
- Knaup, Horand (2010): Entführtes Waffenschiff. Diskreter Deal für einen kleinen Krieg. Spiegel Online, 08. 12. 2010. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,733649,00.html>, 12.12.2011
- Lacher, Wolfram (2011): Staatsaufbau im Südsudan. Rahmenbedingungen, Erfolgsaussichten und Grenzen internationalen Statebuildings. Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Berlin.
- Lewis, Mike (2009): Skirting the Law: Sudan's Post-CPA Arms Flows. Small Arms Survey/HSBA Working Paper 18. Graduate Institute of International and Development Studies. Genf.
- Lokuji, Alfred S./ Abatneh, Abraham S./ Wani, Chaplain K. (2009): Police Reform in Southern Sudan. The North-South Institute. <http://www.nsi-ins.ca/content/download/SSR%20Sudan.pdf>, 14.03.2012
- Lyman, Princeton (2011): A Comprehensive Assessment Toward U.S. Policy in Sudan. Testimony before the U.S. House of Representatives Subcommittee on Africa, Global Health, and Human Rights Hearing. US Department of State. <http://www.state.gov/s/sudan/rem/2011/175228.htm>, 14.02.2012
- Marischka, Christoph (2010): Staatsbildungskrieg im Sudan und die Gefahr der Sezessionsspirale. Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) Ausdruck, August 2011. S. 26-29.
- Medecins Sans Frontieres (MSF) (2009): Facing Up to Reality. Health crisis deepens as violence escalates in Southern Sudan. [http://www.aerzte-ohne-grenzen.at/fileadmin/data/pdf/reports/2009/MSF\\_Report\\_Facing%20Up%20to%20Reality\\_122009.pdf](http://www.aerzte-ohne-grenzen.at/fileadmin/data/pdf/reports/2009/MSF_Report_Facing%20Up%20to%20Reality_122009.pdf), 14.03.2012
- Müller, Martin (2008): Entwicklungszusammenarbeit in der Praxis. Die Arbeit der GTZ an den Beispielen Ghana und Südsudan. [http://www.uni-trier.de/fileadmin/fb6/prof/RAU/Lehr/Afrika\\_VL\\_07\\_Mueller.pdf](http://www.uni-trier.de/fileadmin/fb6/prof/RAU/Lehr/Afrika_VL_07_Mueller.pdf), 14.02.2012
- Organisation for Economic Co-Operation and Development: OECD. StatExtracts (2011): <http://stats.oecd.org/>, 10.04.2012
- Pabst, Martin (2004): Der Sudan – Land der Gegensätze. In: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), 1/2004. <http://www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=172>, 12.03.2012
- Paech, Norman (2011): Öl, Krieg und Spaltung. In: Ossietzky, 1/2011. <http://www.sopos.org/aufsatzel/4d2a1cb660bd3/1.phtml>, 13.03.2012
- Pitron, Guillaume (2011): Alles für Coca-Cola. Für den Limonadenkonzern vergessen die USA sogar ihr Embargo gegen den „Schurkenstaat“ Sudan. In: LE MONDE diplomatique. Edition 10 (2011): Cola, Reis & Heuschrecken. Welter-nährung im 21. Jahrhundert. Taz Verlag. Berlin.
- Rands, Richard (2010): In Need of Review: SPLA Transformation in 2006–10 and Beyond. Small Arms survey, Graduate Institute of International and Development. Genf.
- Ranneberger, Michael (2009): Kenya responds to Sudan tank demarche. Secret section 01 of 02 nairobi 002497. Nairobi. Veröffentlicht durch Wikileaks: cable 09NAIROBI2497. <http://wikileaks.org/cable/2009/12/09NAIROBI2497.html>, 13.1.2012
- Rennack, Dianne E. (2005): CRS Report for Congress. Sudan: Economic Sanctions. Congressional Research Service. <http://www.au.af.mil/au/awc/awcgate/crs/rl32606.pdf>, 14.02.2012
- Seifert, Andreas (2008): China in Afrika. Oder: Zu einem anstehenden Paradigmenwechsel in der Frage der Nichteinmischung in die Angele-genheiten anderer Staaten. Studie der Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI), Nr. 09/2008. Tübingen.
- Sudan Tribune (2009): Kenya dispatches military experts to train South Sudan army. 31. 08. 2009. <http://www.sudantribune.com/Kenya-dispatches-military-experts,32298>, 12.12.2011
- United Nations (UN) (2005a): Resolution 1590. Adopted by the Security Council at its 5151st meeting, on 24 March 2005. [http://www.un.org/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=S/RES/1590%282005%29](http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/1590%282005%29), 12.12.2011
- United Nations (UN) (2005b): Resolution 1591. Adopted by the Security Council at its 5153rd meeting, on 29 March 2005. [http://www.sipri.org/databases/embargoes/un\\_arms\\_embargoes/sudan/1591](http://www.sipri.org/databases/embargoes/un_arms_embargoes/sudan/1591), 12.12.2011
- United Nations (UN) (2008): Report of the Secretary-General on the Sudan. S/2008/485. <http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/Sudan%20S2008485.pdf>, 12.12.2011
- US Agency for International Development (USAID) (2003): Interim Strategic Plan For Sudan, 2004-2006. [http://pdf.usaid.gov/pdf\\_docs/PDABY645.pdf](http://pdf.usaid.gov/pdf_docs/PDABY645.pdf), 14.02.2012
- US Agency for International Development (USAID) (2005): Strategy Statement 2006-08. [http://pdf.usaid.gov/pdf\\_docs/PDACI041.pdf](http://pdf.usaid.gov/pdf_docs/PDACI041.pdf), 14.02.2012
- US Agency for International Development (USAID) (2007a): Monthly Update November 2007. [http://www.usaid.gov/locations/sub-saharan\\_africa/countries/sudan/docs/update\\_nov07.pdf](http://www.usaid.gov/locations/sub-saharan_africa/countries/sudan/docs/update_nov07.pdf), 14.02.2012
- US Agency for International Development (USAID) (2007b): Sudan Infrastructure Services Project. Improvement Works of the Juba to Nimule Road Feasibility Study. Final Report. [http://pdf.usaid.gov/pdf\\_docs/PDACP157.pdf](http://pdf.usaid.gov/pdf_docs/PDACP157.pdf), 14.02.2012
- US Agency for International Development (USAID) (2009a): South Sudan: Post-Conflict Economic Recovery and Growth. An Agenda for USAID Engagement. [http://pdf.usaid.gov/pdf\\_docs/PNADR011.pdf](http://pdf.usaid.gov/pdf_docs/PNADR011.pdf), 14.02.2012
- US Agency for International Development (USAID) (2009b): Office of Inspector General. Audit of USAID/Sudan's Road Infrastructure Activities. Pretoria. <http://www.usaid.gov/oig/public/fy09rpts/4-650-09-009-p.pdf>, 14.02.2012
- US Agency for International Development (USAID) (2009c): Monthly Update. October 2009. [http://www.usaid.gov/locations/sub-saharan\\_africa/countries/sudan/docs/oct09\\_monthly\\_update.pdf](http://www.usaid.gov/locations/sub-saharan_africa/countries/sudan/docs/oct09_monthly_update.pdf), 14.02.2012
- US Agency for International Development (USAID) (2010a): Monthly Update. January 2010. [http://www.usaid.gov/locations/sub-saharan\\_africa/countries/sudan/docs/jan10\\_monthly\\_update.pdf](http://www.usaid.gov/locations/sub-saharan_africa/countries/sudan/docs/jan10_monthly_update.pdf), 14.02.2012
- US Agency for International Development (USAID) (2010b): Monthly Update. March 2010. [http://www.usaid.gov/locations/sub-saharan\\_africa/countries/sudan/docs/mar10\\_monthly\\_update.pdf](http://www.usaid.gov/locations/sub-saharan_africa/countries/sudan/docs/mar10_monthly_update.pdf), 14.02.2012
- US Agency for International Development (USAID) (2011a): South Sudan Transition Strategy 2011-2013. [http://www.usaid.gov/locations/sub-saharan\\_africa/countries/sudan/docs/south\\_sudan\\_transition\\_strategy\\_full.pdf](http://www.usaid.gov/locations/sub-saharan_africa/countries/sudan/docs/south_sudan_transition_strategy_full.pdf), 14.02.2012
- US Agency for International Development

- (USAID) (2011b): Frontlines. Two Sudans. The Separation of Africa's Largest Country and The Road ahead. [http://www.usaid.gov/press/frontlines/fl\\_sep11/FL\\_SEP\\_OCT\\_2011.pdf](http://www.usaid.gov/press/frontlines/fl_sep11/FL_SEP_OCT_2011.pdf), 14.02.2012
- US Congress (2000): Tariff Suspension and Trade Act of 2000. [http://frwebgate.access.gpo.gov/cgi-bin/getdoc.cgi?dbname=106\\_cong\\_bills&docid=f:h4868enr.txt.pdf](http://frwebgate.access.gpo.gov/cgi-bin/getdoc.cgi?dbname=106_cong_bills&docid=f:h4868enr.txt.pdf), 16.03.2012
  - US Congress (2004): The Comprehensive Peace in Sudan Act of 2004. <http://www.gpo.gov/fdsys/pkg/PLAW-108publ497/pdf/PLAW-108publ497.pdf>, 16.03.2012
  - US Congress (2006): Darfur Peace and Accountability Act of 2006. <http://www.treasury.gov/resource-center/sanctions/Documents/dpaa.pdf>, 16.03.2012
  - US Department of State (USDoS) (1992): Patterns of Global Terrorism. [http://www.fas.org/irp/threat/terror\\_92/africa.html](http://www.fas.org/irp/threat/terror_92/africa.html), 16.03.2012
  - US Department of State (USDoS) (1993): Patterns of Global Terrorism. [http://www.fas.org/irp/threat/terror\\_93/statespon.html#Sudan](http://www.fas.org/irp/threat/terror_93/statespon.html#Sudan), 16.03.2012
  - US Department of State (USDoS) (1994): Patterns of Global Terrorism. [http://www.fas.org/irp/threat/terror\\_94/statespon.html#Sudan](http://www.fas.org/irp/threat/terror_94/statespon.html#Sudan), 16.03.2012
  - US Department of State (USDoS) (2004): FY 2004 Congressional Budget Justification for Foreign Operations. <http://www.state.gov/s/d/rm/rls/cbj/2004/index.htm>, 16.03.2012
  - US Department of State (USDoS) (2005): FY 2005 Congressional Budget Justification for Foreign Operations. <http://www.state.gov/s/d/rm/rls/cbj/2005/index.htm>, 16.03.2012
  - US Department of State (USDoS) (2006): FY 2006 Congressional Budget Justification for Foreign Operations. <http://www.state.gov/s/d/rm/rls/cbj/2006/index.htm>, 14.02.2012
  - US Department of State (USDoS) (2007): FY 2007 Congressional Budget Justification for Foreign Operations. <http://www.state.gov/s/d/rm/rls/cbj/>, 14.02.2012
  - US Department of State (USDoS) (2008): FY 2008 Congressional Budget Justification for Foreign Operations. <http://www.state.gov/documents/organization/84462.pdf>, 14.02.2012
  - US Department of State (USDoS) (2009a): Sudan: A Critical Moment, A Comprehensive Approach. <http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2009/oct/130672.htm>, 16.03.2012
  - US Department of State (USDoS) (2009b): FY 2009 Congressional Budget Justification for Foreign Operations. <http://www.state.gov/documents/organization/101368.pdf>, 14.02.2012
  - US Department of State (USDoS) (2010a): Presidential Policy Directive on Global Development. <http://www.state.gov/ppd/index.htm>, 16.03.2012
  - US Department of State (USDoS) (2010b): FY 2010 Congressional Budget Justification for Foreign Operations. Book II. <http://www.state.gov/documents/organization/124072.pdf>, 16.03.2012
  - US Department of State (USDoS) (2011a): Executive Budget Summary, Fiscal Year 2011. <http://www.state.gov/documents/organization/135888.pdf>, 16.03.2012
  - US Department of State (USDoS) (2011b): FY 2011 Congressional Budget Justification for Foreign Operations. Annex: Regional Perspectives. <http://www.state.gov/documents/organization/137937.pdf>, 14.02.2012
  - US Department of State (USDoS) (2012): FY 2012 Congressional Budget Justification for Foreign Operations. Annex: Regional Perspectives. <http://www.state.gov/documents/organization/158268.pdf>, 14.02.2012
  - US Department of State (USDoS)/ US Agency for International Development (USAID) (2005): US Foreign Assistance Reference Guide. [http://pdf.usaid.gov/pdf\\_docs/PNADC240.pdf](http://pdf.usaid.gov/pdf_docs/PNADC240.pdf), 16.03.2012
  - US Department of the Treasury (USDoT) (2008): Office of Foreign Assets Control. What you need to know about U.S. sanctions. <http://www.treasury.gov/resource-center/sanctions/Programs/Documents/sudan.pdf>, 16.03.2012
  - US Department of the Treasury (USDoT) (2009): Office of Foreign Assets Control. Report to Congress. Effectiveness of U.S. economic sanctions with respect to Sudan. [http://www.treasury.gov/resource-center/sanctions/Documents/sudan\\_report\\_030509.pdf](http://www.treasury.gov/resource-center/sanctions/Documents/sudan_report_030509.pdf), 16.03.2012
  - US Energy Information Administration (USEIA) (2011): Sudan Country Analysis Brief. <http://205.254.135.7/countries/cab.cfm?fips=SU>, 14.3.2012
  - US Government Printing Office (USGPO) (2003): Legislation on Foreign Relations Through 2002. Foreign Assistance Act of 1961. <http://www.usaid.gov/policy/ads/faa.pdf>, 16.03.2012
  - U.S. Official Development Assistance Database (USODA) (2012): ODA Statistics. OECD/DAC Data. Top Ten Recipients. [http://usoda.eads.usaidallnet.gov/query/do?\\_program=/eads/dac/topTenRecipients](http://usoda.eads.usaidallnet.gov/query/do?_program=/eads/dac/topTenRecipients), 14.02.2012
  - US Overseas Loans and Grants (2011): <http://gbk.eads.usaidallnet.gov/>, 10.04.2012
  - Wagner, Jürgen (2011): Südsudan: Neue Heimat für AFRICOM? Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) Ausdruck, Februar 2011. S. 4-7.
  - Whitehead, Robert (2009): GOK/GOSS agree in timetable for second tank. Confidential section 01 of 02 khartoum 000881. Khartoum. Veröffentlicht durch Wikileaks: cable 09KHARTOUM881. <http://wikileaks.org/cable/2009/07/09KHARTOUM881.html>, 16.03.2012
  - World Bank (2009): Multi-Donor Trust Fund for Southern Sudan. Turning The Corner. Annual Report 2009. <http://siteresources.worldbank.org/INTAFRMDTF/Resources/Sudan-MDTF-S-AR-0729.pdf>, 14.02.2012
  - World Tribune (2006): U.S. hires DynCorp to train Sudanese rebels. 16. 08. 2006. <http://www.worldtribune.com/worldtribune/06/front2453961.9993055556.html>, 12.12.2011

*Das hinter Online-Quellen angegebene Datum kennzeichnet den letzten Aufruf durch die Autorin.*

## Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Adresse:

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.  
Hechingerstr. 203  
72072 Tübingen  
Telefon: 07071/49154  
Fax: 07071/49159  
e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)  
web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)



Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.